

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 153

WINTER 2003/2004

€ 0,50

Peters/Bsirske haben den Kampf gegen Agenda 2010 verraten!

Wir brauchen eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei!

Die wütenden Proteste der Arbeiter, wie die Demonstration am 1. November 2003 in Berlin und die Streikaktionen zur Verteidigung der Tarifautonomie und gegen Sozialabbau, an denen sich 230 000 Arbeiter beteiligten, richteten sich nicht nur gegen die Sozialdemokraten an der Regierung, sondern auch gegen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten, die alles getan haben, um jeden Widerstand gegen Schröders Angriffe abzuwürgen. Schon April 2003 erklärte Zwickel ganz offen: „Wer mag schon Proteste gegen Rot-Grün organisieren?“ (*metall*, April 2003), und die Führer der größten Gewerkschaften der kapitalistischen Welt, Ver.di-Vorsitzender Bsirske und der neue IGM-Vorsitzende Peters, hielten zu Schröders Regierung und nahmen lieber eine bedeutende



Frankfurter Rundschau

Berlin, 1. November 2003: Trotz Opposition der Gewerkschaftsspitzen protestierten 100 000 Gewerkschafter, Jugendliche gegen Schröders Agenda 2010

Schwächung der Gewerkschaften in Kauf. Die „Agenda 2010“ der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung ist durch und die Angriffe gegen Arbeiter, Frauen, Immigranten, Studenten und die anderen Unterdrückten dieser Gesellschaft gehen weiter. Gegen die angedrohte Einführung von Studiengebühren streiken Studenten an den Universitäten. In Hamburg veranstaltet der Innensenator seinen eigenen „Krieg gegen Terror“, um die Bevölkerung einzuschüchtern. Die trotz Widerstand der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer starke Mobilisierung zur Demonstration am 1. November und die machtvolle Reaktion der Industriearbeiter in den Proteststreiks für die Verteidigung der Tarifverträge bringen die entscheidende Frage auf die Tagesordnung: den Kampf für eine revolutionäre Führung, die den Widerstand gegen Ausbeutung, Polizeiwillkür und Unter-

drückung, welche Klasse oder Schicht auch betroffen ist, systematisch mit einem Programm für sozialistische Arbeiterrevolution verbindet!

Der Verrat: Schulterschluss mit Schröder im Golfkrieg

Als der US-Imperialismus seinen kolonialen Krieg gegen Irak führte, benutzte Schröder die Gunst der Stunde, um den Krieg nach innen, für die Profite der deutschen Kapitalistenklasse, zu führen. Am 14. März 2003 hielt er seine berühmte Rede, in der mit der Agenda 2010 das Hartz-Konzept, die Kürzung der Arbeitslosenhilfe, Rentenkürzungen und Kürzungen bei der Gesundheitsversorgung angekündigt wurden. Am selben Tag rief der DGB zu Protestminuten

Fortgesetzt auf Seite 17

Brecht mit der Sozialdemokratie – SPD und PDS!

Humboldt-Uni Berlin: Vollversammlung verurteilt Verleumdungen durch „Antideutsche“

Bedroht davon, nicht weiter studieren zu können, weil der kapitalistische SPD/PDS-Senat ihnen Studiengebühren reinwürgen will, haben die Studierenden der Berliner Unis im November Streiks beschlossen. Schon jetzt müssen sich viele Studierende mit diversen Nebenjobs abrackern, um sich über Wasser halten zu können. Und als ob es noch nicht genug wäre, sich mit Streik-brechenden Studierenden und Professoren, die ihnen mit Klausuren im Nacken sitzen, herumzuzügelern, reiht sich jetzt noch ein weiterer Feind ein. In einem Flugblatt vom Mai denunzierte die „antideutsche“ Gruppe „liberté toujours“ protestierende Studenten als vom „antisemitischen Wahn“ getrieben. In ihrer neuesten Hetzschrift vom November gehen sie so gar so weit zu behaupten, die Logik der Streikenden würde dazu

getrieben auf die Straße gehen, ihre dreckigen Verleumdungen an den Kopf zu werfen. Sie versuchen, die dringend notwendigen sozialen Proteste zu bekämpfen. Damit handeln sie im Interesse der herrschenden Klasse. Die „antideutschen“ Provokationen sind eine direkte Bedrohung für alle Studierenden, die für ihre Bildung und Zukunft kämpfen und sich den Plänen des kapitalistischen SPD/PDS-Senats entgegenstellen. Dass diese Leute nicht nur pöbeln, sondern auch eine reale Bedrohung darstellen, haben sie durch diverse Angriffe auf linke Veranstaltungen bewiesen. So griffen sie z. B. eine Veranstaltung von uns am 3. Juli 2003 mit dem Titel „Verteidigt das palästinensische Volk!“ an der HU mit einer Rauchbombe an. Die „Antideutschen“ sind aber vor allem bekannt durch verbale und physische Angriffe auf Palästinenser und andere Immigranten mit arabischem oder muslimischem Hintergrund. (Für Hintergrundinformationen siehe *Spartakist* Nr. 152, Herbst 2003, „Antinationale/Antideutsche“: Schlägertrupps für SPD/Grünen-Regierung!“)

Spartakist-Jugend

führen, gegen Synagogen vorzugehen. Ungeheurerlicherweise wettern sie, dass die Protesterklärungen der Studierenden „faschistoide Züge“ tragen würden. Wir wissen nicht, ob sich „liberté toujours“ überhaupt jemals getraut hat, diese Flugblätter an Streikende zu verteilen, aber auf ihrer Homepage kann sich jeder selbst die geistigen Ergüsse dieser Provokateure angucken. Diese Gruppe ist Teil des „Krähenfuß-Kollektivs“, ein Café an der HU, das mit dem RefRat verbunden ist. Während ihrer Thekenshichten versuchte diese Gruppe das Café in ein Streikbrecherlokal zu verwandeln. So weigerten sie sich z. B. am Freitag, dem 5. Dezember, Kaffee an die studentischen Streikposten auszuschenken. Entsetzte Studierende mussten sich von diesen Gangstern anhören, sie seien „Antisemiten“. Erst nach wütenden Protesten und einer Intervention von Mitgliedern des „Aktionsrates“ gab „liberté toujours“ klein bei.

Gerade jetzt, wo sich wütender Protest von Studierenden und Werktätigen gegen die sozialen Kahlschlagspläne der SPD/Grünen-Regierung regt, kriechen diese Leute aus ihren Löchern, um denjenigen, die von Existenzangst

Um gegen die Hetze der „Antideutschen“ gegen den Streik zu protestieren, stellte die Spartakist-Jugend folgenden Antrag auf der Vollversammlung der Studierenden der Humboldt-Universität Berlin am 3. Dezember 2003:

„Die ‚antideutsche‘ Gruppe ‚liberté toujours‘, die aus dem Büro des RefRats heraus operiert, verleumdet unseren Streik als ‚antisemitisch‘. Die Vollversammlung der HU-Studierenden vom 3. 12. 2003 weist diese schmutzige Verleumdung entschieden zurück. Die VV stellt sich gegen jeden Rassismus und Antisemitismus und fordert volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben.“

Obwohl der RefRat (HU-AStA) – über den „liberté toujours“ ihre Post bezieht – die Abstimmung bürokratisch hinauszögerte, wurde der Antrag letztlich mit klarer Mehrheit angenommen. Nachdem die „antideutsche“ Verleumdung von der VV zurückgewiesen wurde, stellt sich nun die Aufgabe, diese Provokateure weiter zu isolieren. Wenn Studierende erfolgreich gegen den Sozialraub des SPD/PDS-Senats kämpfen wollen, müssen sie sich der Schmutzkampagne der „antideutschen“ Agenten von Schily, Sarrazin und Flieler entgegenstellen. ■

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist.redaktion@freenet.de
Redaktion Spartakist: Tel. (030) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10179 Berlin
Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 153

WINTER 2003/2004

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

Sieg den Uni-Streiks!

Für Klassenkampf gegen den kapitalistischen SPD/PDS-Senat!

Nachfolgend drucken wir das Flugblatt der Berliner Spartakist-Jugend vom 2. Dezember 2003 ab.

Während in der ganzen Berliner Bevölkerung die Wut auf die Sozialkahl-schlagsmaßnahmen des SPD/PDS-Senats hoch kocht, entwickeln sich die Studierendenstreiks an den drei Berliner Unis in den letzten Wochen zunehmend zum Brennpunkt der Proteste. Dies ist der größte Uni-Protest seit Jahren. Viele Gebäude wurden besetzt und fast täglich gibt es Demonstrationen und Aktionen verschiedenster Art. Die Spartakist-Jugend hat aktiv an den Protesten teilgenommen, Streikpostenkettten verteidigt und versucht unter den Studenten zu argumentieren, dass es nicht nur notwendig ist, militante Proteste durchzuführen, sondern ebenso den Streik mit der sozialen Macht der Arbeiterklasse zu verbinden. Als Teil des Kampfes für diese Perspektive haben wir folgenden Antrag auf der Vollversammlung der Humboldt-Universität am 26. November gestellt:

„Die Vollversammlung möge folgenden Antrag beschließen: Diese Attacken sind Teil einer breiteren Angriffswelle der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung, an vorderster Front geführt vom SPD/PDS-Senat in Berlin. An Stelle von illusorischen Appellen an den Uni-Präsidenten, er solle seine Vereinbarungen mit dem Senat verbessern, rufen wir auf, alle zu mobilisieren, die von den Kürzungen betroffen sind – Arbeiter, Arbeitslose, Immigranten und Studierende. Die VV solidarisiert sich mit den Protesten der BfA-Angestellten gegen Massenentlassungen. Die HU-Administration hat im Rahmen von Schilys rassistischer Rasterfahndung und dem ‚Krieg gegen den Terror‘ die Daten unserer Kommilitonen mit arabischem oder muslimischem Hintergrund krimineller Weise herausgegeben. Die Unis sollen von denen kontrolliert werden, die dort arbeiten und studieren!

Wir fordern volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben und freien Zugang zu hochwertiger Bildung für alle, inklusive Stipendien!

Macht die Uni dicht! Für gemeinsame Aktionen mit den Uni-Arbeitern und Lehrkräften, deren Lebensstandard auch in Gefahr ist. Die VV wird eine Delegation zu der

Nieder mit den Studiengebühren!

Weg mit der kapitalistischen Uni-Administration! Unis unter die Kontrolle von denen, die dort arbeiten und studieren!

Für kostenlose Bildung für alle auf höchstem Niveau!

Für kostenlose Kinderbetreuung an den Unis!

Nieder mit dem diskriminierenden, rassistischen Numerus Clausus!

Verteidigt immigrierte und ausländische Studenten gegen rassistische Diskriminierung!

Mitgliederversammlung von Ver.di CCM und CVK am Donnerstag, dem 27. November 2003, mit Solidaritätsgrüßen der HU-Studierenden entsenden. Die VV fordert Ver.di und GEW auf, ebenfalls in einen Streik zu treten. Die Familien aller Uni-Angestellten sollen vollen Zugang zu den wissenschaftlichen Ressourcen der HU bekommen.“

Um zu unterstreichen, wie weit diese Perspektive entfernt ist von den Zielen der RefRat-„Streikführung“, haben sie unseren Antrag bürokratisch unterdrückt. Dieser Antrag war entgegengesetzt zum Forderungskatalog des so genannten Aktionsrates, der die Vorliebe des RefRates (HU-AsTA) für nette Appelle an SPD/PDS-Senat

und HU-Administration widerspiegelt. Wir protestierten heftig gegen diese Zensur. Das machte klar, dass der RefRat, der vorgibt für den Streik zu sein, uns Kommunisten, die sich aktiv am Streik beteiligten, mehr hasst als streikfeindliche Elemente und Gruppen. Und es zog eine politische Linie: Der RefRat riss unserem Genossen genau dann das Mikrofon weg, als er sich gegen die Rasterfahndung im Zuge vom „Krieg gegen den Terror“ und gegen die Uni-Administration ausgesprochen hatte. Der HU-Präsident Jürgen Mlynek hatte Ende 2001 im Zuge der rassistischen Rasterfahndung die Daten von Studierenden aus 28 Ländern bereitwillig dem Landeskriminalamt zur Verfügung gestellt. Diese politische Linie kommt nicht von ungefähr. Der heutige RefRat hat enge Verbindungen zu der so genannten „Hummel-Antifa“ und der Gruppe „liberté toujours“, anti-arabische Rassisten, die immer wieder durch Angriffe auf linke und palästinensische Gruppen und Veranstaltungen aufgefallen sind. So rief die „Hummel-Antifa“ offen dazu auf, eine Demonstration gegen die Besatzung des Irak und Palästinas am 27. September 2003, zu verhindern. Mehrmals griffen diese Gruppen linke und palästinensische Veranstaltungen an (siehe *Spartakist* Nr. 151 und 152). Die Gruppe „liberté toujours“ beschimpft den Studierendenstreik auf ihrer Internetseite als „antisemitisch“ und ... bezieht ihre Post gleichzeitig über die Adresse des RefRates! Die „Antideutschen“ sind Handlanger des Innenministers Schily, da sie

Fortgesetzt auf Seite 4

Unistreik...

Fortsetzung von Seite 3

versuchen seinen Job an den Unis zu erledigen, indem sie Linke und Studierende mit arabischem oder muslimischem Hintergrund terrorisieren. *Stoppt die Angriffe der „Antinationalen/Antideutschen“ auf Linke und Palästinenser!*

Ein weiterer Beweis dafür, dass die HU-Administration nicht auf der Seite der Studenten steht, ist die Tatsache, dass sie nach der kapitalistischen Wiedervereinigung den SS-Sturmbannführer Wilhelm Krelle angestellt haben. Der sollte für sie linke und Ex-DDR-Dozenten von der Uni säubern, was er mit den Worten „kein Marxist soll seinen Fuß über diese Schwelle setzen, solange ich hier bin“ dann auch umgesetzt hat. Dafür erhielt er 1994 von der grünen Uni-Präsidentin Dürkop schändlicherweise den Ehrendokortitel.

Auf den VVs waren viele der Meinung, dass man Senat und Regierung durch genügend Druck davon überzeugen kann, ihre Prioritäten zu ändern. Es ist aber notwendig zu verstehen, dass die Angriffe auf das Bildungs- und Sozialsystem geführt werden **müssen**, um den deutschen Imperialismus zu verwalten und gegenüber seinen Rivalen zu stärken. Seit der konterrevolutionären Zerstörung der Arbeiterstaaten in der DDR, Osteuropa und UdSSR kam es nämlich zu einer rapiden Verschärfung der Rivalitäten zwischen den imperialistischen Mächten. Dies wurde besonders offensichtlich, als es über den Irakkrieg zu Rissen zwischen den imperialistischen Achsen Paris-Berlin-Moskau und Washington-London kam. Als revolutionäre Internationalisten nahmen wir eine klare Position für die Verteidigung des halbkolonialen Irak gegen den US-Imperialismus ein. Wir sagten: „Opposition zum Imperialismus nach außen, heißt Klassenkampf im eigenen Land!“ Dem stand die offene Unterstützung für den „Friedenskanzler“ Schröder durch die liberale Antikriegsbewegung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie, der PDS und ihrer linken Anhängsel wie z.B. Linksruck gegenüber, die nichts anderes bedeutete als die chauvinistische Illusion zu schüren, der deutsche Imperialismus verantwortlich für zwei Weltkriege und den Holocaust –, der heute Besatzungstruppen auf dem Balkan und in Afghanistan hat, sei eine Kraft für Frieden. Diese „nationale Einheit“ hinter der SPD/Grünen-Regierung hat den Weg für den brutalen Sozialraub von Schröders Agenda 2010 geebnet.

Während der Uni-Streiks von 1997 haben die RefRat/ASStA-Bürokraten die Proteste in eine Wahlkampagne für SPD und PDS verwandelt, um die CDU/FDP-Regierung loszuwerden. Und heute, nachdem sie bekommen haben, was sie wollten, versuchen die gleichen Leute die Rolle der sozialdemokratischen Parteien totzuschweigen. Tatsächlich ist der SPD/PDS-Senat ein effektiveres Instrument, die Kahlschlagsmaßnahmen durchzudrücken, weil vor allem die PDS als „linke“ Partei, die die Interessen der Arbeiter und Unterdrückten vertritt, gesehen wird. Es ist aber notwendig zu betonen, dass SPD und PDS bürgerliche Arbeiterparteien sind – das heißt, sie haben zwar eine proletarische Basis, aber eine pro-kapitalistische Führung. Die PDS schrie seit Februar 1990 wie Kohl und die SPD „Deutschland, einig Vaterland!“ und leistete damit ihren Beitrag dazu, den deformierten Arbeiterstaat DDR – der nach dem Sieg der Roten Armee über das Nazi-Regime entstand – wieder in den Rachen der deutschen Bourgeoisie zu werfen. Heute stellt die PDS kapitalistische Minister, die die Angriffe auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse durchpeitschen. 1989/90 kämpften wir als einzige Organisation dafür, eine revolutionäre Führung der Arbeiterklasse im Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung und für ein Rotes Räted Deutschland aufzubauen. Heute wollen

wir linke Studenten für unsere Perspektive gewinnen, die Arbeiterklasse von ihren sozialdemokratischen Irreführern zu brechen und eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen.

Als Kommunisten intervenieren wir nicht nur für militantere Kämpfe, sondern auch um zu vermitteln, wie Kämpfe gewonnen werden können. Das heißt notwendigerweise gegen falsches und rückständiges Bewusstsein zu kämpfen. Im Gegensatz dazu steht die SAV. Zwar treten sie recht militant auf, rufen zu einem eintägigen Generalstreik auf und wollen eine neue Arbeiterpartei gründen. Gleichzeitig aber praktizieren sie die krasseste Form des Klassenverrats: In den letzten Ausgaben ihrer Zeitung beziehen sie sich mehrfach positiv auf die Bullen-„Gewerkschaft“ (GdP) in Hessen und stellen diese als eine progressive Kraft gegen Sozialabbau dar. Doch die Rolle der Polizei während Streiks wird deutlich, wenn man sich ansieht, wie die Polizei am 26. November fast 200 Studenten der Wirtschaftswissenschaft vor dem Reichstag einkesselte; ihnen drohen jetzt Geldstrafen von bis zu 10000 Euro. Oder denkt an die verhafteten und niedergeknüppelten Studenten in Hamburg vom 27. November 2003. Die Polizei ist Teil des kapitalistischen Staates, des bewaffneten Arms der herrschenden Klasse. Sie führen die rassistischen Abschiebungen aus, überfallen linke Demonstrationen und brechen Streiks. Wie der Führer der russischen Oktoberrevolution von 1917, W.I. Lenin, in *Staat und Revolution* erklärte, kann sich die Arbeiterklasse den bestehenden Staatsapparat nicht zu Eigen machen. Er muss zerschlagen werden und durch die revolutionäre Diktatur des Proletariats ersetzt werden. Im Gegensatz zur SAV kämpfen wir für die Unabhängigkeit der Arbeiterbewegung vom kapitalistischen Staat und fordern: **Bullen raus aus dem DGB!** Dass die SAV die Polizei bejubelt, zeigt ihr reformistisches Vertrauen, der kapitalistische Staat könne im Interesse der arbeitenden Bevölkerung benutzt werden. Das macht deutlich, wie ihre „neue Arbeiterpartei“ aussehen würde: ein weiteres sozialdemokratisches Hindernis für Klassenkampf. Was wirklich gebraucht wird, ist eine revolutionäre Arbeiterpartei, um für eine sozialistische Gesellschaft zu kämpfen, in der kostenlose Bildung für alle Wirklichkeit wird und in der die sozialen Ursachen für Kriege, Frauenunterdrückung, Rassismus und Antisemitismus beseitigt sind. Schließt euch der Spartakist-Jugend an! ■

Bestellt!

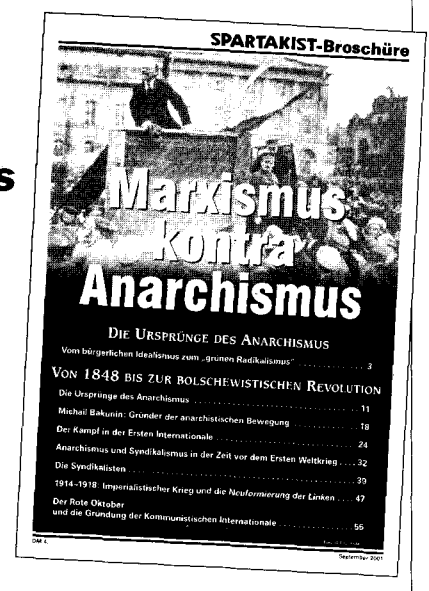
Marxismus kontra Anarchismus

Deutsche Ausgabe
€ 2,-

Zu beziehen über:

Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin

Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



Hohmanns/Günzels Antisemitismus: Wahres Gesicht des „demokratischen“ deutschen Imperialismus

Letzten Herbst feierte in der kleinen hessischen Stadt Neu-
hof CDU-Bundestagsabgeordneter Martin Hohmann den
3. Oktober mit einer antisemitischen, rassistischen Rede, wo
er „Gerechtigkeit für Deutschland“ forderte. Er agitierte für
die Abschiebung von Metin Kaplan, einem Kölner islami-
schen Fundamentalisten, um rassistischen Hass gegen alle
muslimischen Immigranten zu schüren, und im gleichen dre-
ckigen Stil hetzte er gegen Sozialhilfeempfänger, Rentner
und jüdische Opfer des Nationalsozialismus. Zum Kern der
Sache kommt er dann mit einem von Antisemitismus tiefen-
den Angriff auf die bolschewistische Revolution von
1917 und die Deutsche Revolution von 1918/19. In dieser
finsternen Rede entblösst sich die hässliche Fratze des Anti-
kommunismus in Deutschland.

Nachdem die Rede auf Hohmanns Homepage einmal
publiziert worden war, führte ihr ekelregender Antise-
mitismus zu einem öffentlichen Skandal und Hohmann wur-
de von der CDU-Führung gerügt, der dies peinlich war ...
und die dann zu anderen Angelegenheiten übergang. Der
Skandal schwelte jedoch weiter, bis Hohmann dann mit
einem Brief des Brigadegenerals des Kommandos Spezial-
kräfte (KSK) der Bundeswehr, Reinhard Günzel, in einer
Frontal-Sendung vor den Kameras herumwedelte. Auf
Bundeswehrbriefbogen dankte Günzel Hohmann für seine
„ausgezeichnete Ansprache ... wie man sie mit diesem Mut
zur Wahrheit und Klarheit in unserem Land nur noch sehr
selten hört und liest“ (*Spiegel online*, 4. November). Damit
steckte die SPD/Grünen-Regierung, deren ehemaliger
Verteidigungsminister Scharping Günzel eingestellt hatte
und deren jetziger Verteidigungsminister Struck ihn nach
Afghanistan geschickt hatte, bis zum Hals mit im Skandal.

Struck pensionierte Günzel unverzüglich und versuchte
nicht sehr erfolgreich, die beiden als „einen einzelnen ver-
wirrten General, der einem noch verwirrteren CDU-Abge-
ordneten aufgefressen ist“ (*Spiegel online*, 4. November),
abzutun. Beide aber sind langjährige Offiziere dieses impe-
rialistischen Staates! Hohmann, ein Jurist, war Polizist in
der „Terrorbekämpfungsabteilung“ des Bundeskriminalam-
tes (BKA), bevor er ins Parlament ging. Günzel war Kom-
mandeur der Truppen des deutschen Imperialismus in Af-
ghanistan. Und sowohl das BKA als auch die Bundeswehr
sind voll von solchen Typen.

Hohmann und Günzel mussten gehen, weil ihr grober
Antisemitismus momentan nicht opportun für die imperia-
listischen Interessen Berlins ist. Die Maske der „demokrati-
schen Friedenserhaltung“ für die Bundeswehr ist wichtig,
nicht nur um die Osterweiterung der EU gegenüber den
osteuropäischen Bevölkerungen durchzusetzen, die nicht
den Horror der Nazibesatzung vergessen haben. Um ihre
Allianz mit dem zionistischen Israel und die Repression im
eigenen Land zu rechtfertigen, posiert die SPD/Grünen-Re-
gierung heuchlerisch als „anständig“, als ob sie gegen Anti-
semitismus stünde. Die Regierung und ihre „antinationa-
len“ Schläger benutzen den Vorwurf des Antisemitismus
zynisch als Keule gegen Gegner des zionistischen Staatster-
rors Israels, gegen Palästinenser und muslimische Immi-
granten sowohl in Israel als auch in Deutschland. Deshalb
gab es keinerlei Skandal über den gehässigen antimuslimi-
schen Rassismus in Hohmanns Rede oder bei Günzels



Reuters/Michael Dalder

Günzel mit seinen Sondereinsatztruppen im Dienste des deutschen Imperialismus

Afghanistanfeldzug. Denn dies ist laufendes Regierungs-
programm!

In der nachsowjetischen Jagd nach neuen Märkten und
im Bemühen, den deformierten Arbeiterstaat China zu zer-
stören, stützen sich die Herren von Volkswagen, Siemens
und ihre SPD/Grünen-Regierung immer noch in erster
Linie auf ökonomische Durchdringung und internationale
Diplomatie. Schließlich besitzt Deutschland noch nicht die
militärische Macht sich mit Flugzeugträgern und atomaren
Interkontinentalraketen zu behaupten, wie es sein amerika-
nischer Rivale macht. Daher gab sich Struck vor Journalis-
ten „fest davon überzeugt“, dass die Bundeswehr „ein de-
mokratisch gefestigter Verband in unserer Gesellschaft“ sei
und dass es daher „keinen Anlass zur Annahme“ gebe, dass
mehr von Günzels Sorte in der Eliteeinheit sind. Damit
wollte er die anderen Günzels und Hohmanns ermahnen,
dass sie besser ihren Antisemitismus nicht zu laut in der Öf-
fentlichkeit verbreiten und ihr rassistisches Gift für die
muslimische Bevölkerung in Deutschland aufheben sollen.

Vor vierzehn Jahren waren Antisemitismus und Ras-
sismus die Schlachtrufe der Bourgeoisie für ihre antikom-
munistische Mobilisierung gegen die beginnende proleta-
risch-politische Revolution in der DDR 1989, die auch die
Saat für eine sozialistische Revolution in Westdeutschland
hätte legen können. Immigranten, pro-DDR-eingestellte
Arbeiter und alle, die mit der DDR assoziiert wurden oder
sie verteidigten, wurden terrorisiert. Nazibanden übten
mörderischen Straßenterror gegen Antirassisten und
Jugendliche, die für die DDR waren, aus. Als Reaktion auf
die von uns initiierte Treptower Einheitsfrontmobilisierung
von 250 000 in Verteidigung von DDR und Sowjetunion am
3. Januar 1990 betrieb *Der Spiegel* eine antisemitische He-
xenjagd gegen den SED-PDS-Führer Gregor Gysi. Sie
brachten ein Titelseitenfoto unter der Überschrift „Der
Drahtzieher“, im gleichen Stil des Nazi-Propagandaplakats
der 30er-Jahre, das denselben Titel trug.

Gleich nach der Wiedervereinigung erließ das Vierte
Fortgesetzt auf Seite 6

Wahres Gesicht...

Fortsetzung von Seite 5

Reich ein rassistisches Einwanderungsverbot gegen sowjetische Juden, wogegen wir einen energischen Protest organisierten. Dann kam das staatlich organisierte Skinhead-Pogrom 1992 in Rostock-Lichtenhagen gegen ein vietnamesisches Wohnheim. Auf der Suche nach ein paar Antikommunisten für ihre Ostpartei rekrutierte die SPD Leute wie Gustav Just, der als Wehrmachtsoldat 1941 zum Leutnant befördert worden war, nachdem er sich an der Erschießung von Juden in einem ukrainischen Dorf beteiligt hatte. In ihrem Drang zur kapitalistischen Konterrevolution verhalf die SPD diesem Juden-Mörder zu Amt und Ehren als Alterspräsident im Brandenburger Landtag und als Vorsitzender des parlamentarischen Verfassungsausschusses.

Wie linke und bürgerliche Journalisten bemerkt haben, steht Hohmann in einer Linie mit Ernst Nolte, dem Berliner Professor, der Mitte der 80er-Jahre die so genannte Historiker-Debatte auslöste mit seiner „These“, dass die Russische Revolution die Ursünde des 20. Jahrhunderts gewesen sei und dass alles, was darauf folgte, die notwendige Reaktion darauf sei. Diese „These“ war ein Versuch, den Nazi-Mord an mehr als 20 Millionen Sowjetbürgern durch das „Unternehmen Barbarossa“ zu rechtfertigen und den industriellen Völkermord an 6 Millionen europäischen Juden, 500 000 Roma und Sinti, Tausenden Homosexuellen, Kommunisten und allen, die nicht als „rassisch gesund“ galten, den Bolschewiki anzulasten, um damit der deutschen Bourgeoisie, die hinter Hitler stand und in deren Interesse Hitler herrschte, das Blut von den Händen abzuwaschen.

Noltes antikommunistische Neuschreibung der Geschichte passte gut zu dem US-geführten antisowjetischen Kriegskurs und dem unheilvollen Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus. In Bitburg im Mai 1985 salutierte US-Präsident Reagan und Bundeskanzler Kohl feierlich vor den Gräbern der 2. SS-Panzerdivision, die 1944 die ganze Bevölkerung des französischen Dorfes Oradour-sur-Glane in der Kirche bei lebendigem Leibe verbrannt hatte. Für Reagan, Kohl und Nolte war dieses Dorf nur ein weiteres Opfer der ... bolschewistischen Revolution, und die SS-Mörder waren ihre „Jungs“! Nolte wurde mit dem Konrad-Adenauer-Wissenschaftspreis der CDU-nahen Deutschland-Stiftung belohnt.

Heute attackiert die liberale und linke Presse Hohmanns Verstoß gegen die Doktrin der Kollektivschuld, weil er die Juden als „Tätervolk“ bezeichnet hätte. Dieser Begriff wird hierzulande benutzt, um die Rolle der Deutschen zu beschreiben, die gemäß der Theorie der „Kollektivschuld“ – die nach dem Zweiten Weltkrieg von der SPD und den imperialistischen Alliierten verbreitet wurde – alle schuldig seien am Nazi-Holocaust. Wie wir im Artikel „Holocaust, ‚Kollektivschuld‘ und deutscher Imperialismus“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998) ausführten, war Kollektivschuld eine wichtige ideologische Waffe gegen die Arbeiterklasse. Die deutsche Bourgeoisie wollte mit ihr wichtige antikommunistische Nazikader wie Globke (Nürnberger „Rassengesetze“), Gehlen (Nazispion und BND-Gründer), Abs (Deutsche Bank) ... vor ihrer gerechten Strafe bewahren und sich vom Holocaust rein waschen.

Aber Hitlers Nazis wurden von der deutschen Bourgeoisie, der **herrschenden Klasse**, an die Macht gebracht, um die Arbeiterbewegung zu zerschlagen, was überhaupt erst den Angriff auf die Sowjetunion und den Holocaust ermöglichte. Bis zum heutigen Tag ist die Kollektivschuld eine Amnestie für die Bourgeoisie von Auschwitz.

Die Substanz von Hohmanns Tirade rühren Liberale und Sozialdemokraten nicht an: Hohmanns Antisemitismus ist gerichtet gegen die große Oktoberrevolution und die Deut-



Jewgeni Chaldej

April 1945: Rote Armee befreit Österreich, tritt das verhasste Hakenkreuz in den Staub

sche Revolution 1918/19 und nährt sich direkt von Goebbels' völkermörderischem Schlachtruf gegen die „jüdisch-bolschewistische Weltverschwörung“. Mit seinem Antikommunismus stimmen Liberale und Sozialdemokraten im Kern überein. Ihre Version des Antikommunismus kam im Machwerk *Schwarzbuch des Kommunismus* zum Ausdruck, das den Bolschewismus als schlimmeres Verbrechen verleumdete, als es der Faschismus war. Obendrein sind sie verärgert, dass Hohmann ihrer Lüge vom „Tod des Kommunismus“ schadet, indem er ihn implizit als aktuelle Gefahr geißelt.

Revolution, Konterrevolution und die jüdische Frage

Antisemitismus war für den größten Teil des 20. Jahrhunderts der *ideologische Kern* des deutschen Imperialismus und seines „Drangs nach Osten“. Als Trotzlisten verstehen wir, dass die Nazis nicht einfach antisemitische reaktionäre Verrückte waren, sondern vielmehr ein Werkzeug, zu dem die deutsche Bourgeoisie nach dem Ersten Weltkrieg griff, um ihre Klassenherrschaft gegen die machtvolle Arbeiterbewegung zu verteidigen. In der Einleitung zu den „Documents on the Proletarian Military Policy“ (*Prometheus Research Series* Nr. 2, Februar 1989) stellten wir fest:

„Das politische Bewusstsein aller Klassen in Europa in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg wurde beherrscht von dem Sieg der proletarischen Revolution in Russland 1917... Nachdem Deutschland, der mächtigste Staat Europas, im Ersten Weltkrieg militärisch geschlagen worden war und insbesondere nachdem zwei aufeinander folgende proletarische Revolutionen in diesem Land gescheitert waren, war der Weg dafür frei, dass der Nazismus, Deutschlands höchst giftiger Nationalismus, sich an die Spitze der Reaktion in Europa setzte. Der proletarische Sieg in Russland schaffte es nicht, sich auf das übrige Europa auszuweiten... Da der Kommunismus sich nicht in dem Maße ausbreitete, wie er gefürchtet war, konnte die wachsende Nazi-Partei, bei breiter Zustimmung unter der Bevölkerung, die Juden anstelle der Bolschewiki als Blutopfer darbieten.“

Hohmanns Version von der Russischen Revolution ist ein Leichenberg aus Bischöfen, Priestern, Professoren, Ärzten, Grundbesitzern, Offizieren, Polizisten, Arbeitern, Soldaten, Intellektuellen usw., angeblich alle im Gefolge der Revolution ermordet. Aber in Wirklichkeit war die Oktoberrevolution selber relativ unblutig; denn die zaristische Monarchie und die russische Bourgeoisie waren außerstande, die grundlegenden Bedürfnisse von Land, Brot und Frieden zu befriedigen, und die Menschewiki hatten sich als sozialchauvinistische Verräter in den Augen der Arbeiterklasse völlig diskreditiert. Die in den Sowjets organisierten Arbeiter waren die einzige Kraft, die den Krieg stoppen, die von den Bauern begonnene Agrarrevolution verteidigen und das

Land nach den Verwüstungen durch Krieg und Hunger wieder aufbauen konnte. Die von Hohmann angeführten Leichenberge waren die von Soldaten, Arbeitern, Bauern und Juden, die im Bürgerkrieg von 1918 bis 1920 starben, als sie die Revolution gegen die Armeen der Generäle Kornilow, Denikin, Koltshak, Wrangel und deren imperialistischen Zahlmeistern – 14 Länder insgesamt – verteidigten.

Die Oktoberrevolution war ein Leuchtfeuer für Arbeiter und Unterdrückte weltweit, doch besonders für das jüdische Volk des zaristischen Reichs. Über Nacht wurden die Juden Russlands, die weltweit die am meisten unterdrückten ihres Volkes waren, die emanzipiertesten. In ihrem Kampf, die neue proletarische Staatsmacht gegen die weißen Konterrevolutionäre zu verteidigen und zu konsolidieren, musste die Rote Armee notwendigerweise die alte pogromistische Ordnung hinwegfegen, was sie auch tat. Nur in den Gebieten, die durch die Einheiten der Roten Armee befreit worden waren, gab es keine Pogrome. Die jüdischen arbeitenden Massen beantworteten dies damit, dass sie sich mit ganzem Herzen in den Kampf warfen, die proletarische Staatsmacht zu verteidigen und aufzubauen.

Die Geschichte der Pogrome im zaristischen Russland wurde nur durch die sozialistische Revolution gestoppt. Antisemitismus war und ist eine Frage von Konterrevolution und Revolution. Dies erklärt auch die prominente Rolle, die Juden in all den frühen revolutionären Bewegungen gegen den Zarismus gespielt haben. Isaac Deutscher, der polnische marxistische Historiker und Biograf von Trotzki, erklärte dieses Phänomen der disproportional hohen jüdischen Beteiligung an der revolutionären Bewegung in seinem Essay „Der nichtjüdische Jude“:

„Sie waren a priori außergewöhnlich insofern, als sie als Juden an der Grenze zwischen unterschiedlichen Zivilisationen, Religionen und nationalen Kulturen gelebt haben und an der Grenze zwischen unterschiedlichen Epochen geboren und aufgewachsen sind. Ihr Denken reifte dort heran, wo die verschiedenartigsten kulturellen Einflüsse sich kreuzten und wechselseitig befruchteten. Sie lebten an den Randzonen oder in den Ritzen und Falten ihrer jeweiligen Nation. Jeder von ihnen gehörte zur Gesellschaft und doch wieder nicht, war ein Teil von ihr und wiederum nicht. Dieser Zustand hat sie befähigt, sich in ihrem Denken über ihre Gesellschaft, über ihre Nation, über ihre Zeit und Generation zu erheben, neue Horizonte geistig zu erschließen und weit in die Zukunft vorzustoßen...

Wie Marx, so strebten auch Rosa Luxemburg und Trotzki gemeinsam mit ihren nichtjüdischen Genossen nach den universalen und nicht den partikularistischen, nach den internationalistischen und nicht den nationalistischen Lösungen für die Probleme ihrer Zeit.“

Von den Weißgardisten bis zu Hitler und Goebbels war die Vernichtung des „jüdischen Bolschewismus“ durchgehendes Schlagwort der antikommunistischen Reaktion. Der BKA-Bulle Hohmann hat all ihre Namen auf seiner Liste, zuerst und zuoberst den von Leo Trotzki, der gemeinsam mit Lenin die Revolution führte und die Rote Armee gründete.

Bundeswehr – Nachfolgearmee der Wehrmacht

Die Bundeswehr ist eine imperialistische Armee. Sie wird niemals dem Frieden dienen, noch wird sie sich jemals „abrüsten“ lassen, wie es all die reformistischen Linken von Linksruck bis zur DKP predigen. Die politischen Regime, unter denen sie dient, verändern sich von der Monarchie über den Faschismus zur bürgerlichen Demokratie, aber ihre „Tradition“ ist ungebrochen: Sie dient dem deutschen Imperialismus. 1900 feuerte Wilhelm II., Teil dieser „Tradition“, seine Truppen an, als sie gegen den Boxeraufstand in China losfuhren: „Kommt ihr vor den Feind, so wird dersel-

be geschlagen! Pardon wird nicht gegeben! Gefangene werden nicht gemacht! Wer euch in die Hände fällt, sei euch verfallen! ... so möge der Name ‚Deutscher‘ in China auf 1000 Jahre durch euch in einer Weise bestätigt werden, daß niemals wieder ein Chinese es wagt, einen Deutschen auch nur scheel anzusehen!“

Die „Tradition“ setzte sich nach Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg fort mit den Freikorps, paramilitärische Einheiten, organisiert von der SPD, um zuerst die Russische Revolution im Baltikum zu bekämpfen und dann die Deutsche Revolution von 1918/19 zu zerschlagen. Angestiftet von der SPD ermordete Noskes Handlanger Pabst, ein Reichswehr-Schützendivisionshauptmann, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Unter Reichswehrgenerälen wie Maercker ertränkten die Freikorps jede Stadt in Deutschland im Blut der Arbeiter. Ihr konterrevolutionärer Eifer war voll von Antisemitismus. Sie nannten die Weimarer Republik die „Judenrepublik“ und schworen die „Flut des jüdischen Bolschewismus einzudämmen“. Diese ausgebildeten und erfahrenen Mörder wurden später der Kern von Hitlers SA- und SS-Truppen und Vollstrecker des Holocausts.

Hitlers Wehrmacht brannte und mordete ihren Weg durch Osteuropa und die Sowjetunion von 1941 bis 1945. 1956 wurden die Tore ihres Nachfolgers, der Bundeswehr, für Offiziere der Waffen-SS bis zum Rang des Obersts geöffnet. Junge Offiziere kamen in Führungspositionen, die älteren dienten als Berater. Heute werden um der „Tradition“ willen die Flaggen „ehemaliger Einheiten“ bei „besonderen Gelegenheiten“ vorgeführt. Die Grenzen zwischen „nationalkonservativ“ und „Nazi“ sind fließend: In den frühen 90er-Jahren wurde bekannt, dass die Führung der Hamburger Bundeswehrakademie den Nazi und Holocaustleugner Röder nicht nur eingeladen hatte eine Rede zu halten. Ihm wurden Militärgüter verkauft, die dann ihren Weg in die baltischen Staaten fanden.

Eine sozialistische Revolution ist notwendig, um diese Bande mit den Wurzeln auszureißen, ihre Machtorgane zu zerschlagen und sie zu ersetzen durch Arbeiterräte, so wie es die Bolschewiki 1917 taten. Wir kämpfen gegen Rassismus und Antisemitismus als Teil unseres Kampfes, eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei aufzubauen, die diese Revolution führen können wird. Wir kämpfen darum, antirassistische Linke, Arbeiter, immigrierte Jugendliche und Jugendliche ethnischer Minderheiten von Illusionen zu brechen, der deutsche kapitalistische Staat könne reformiert werden, und von Illusionen in die Politik des kleineren Übels à la SPD und PDS. Antisemitismus und Rassismus sind die Werkzeuge der Bourgeoisie, um ihre Macht gegen dich auszuüben! Um Antisemitismus auszurotten, muss man die Bourgeoisie von Auschwitz stürzen! ■

SPARTACIST/DEUTSCHE AUSGABE
SOMMER 1998

**Zionisten amnestieren Bourgeoisie von Auschwitz
Holocaust, „Kollektivschuld“
und deutscher Imperialismus**

SPARTACIST

Die Rote Armee zerschlug das Naziregime!

April 1945: Sowjetische Truppen auf dem Vormarsch in Ostpreußen haben den verurteilten NS-Generalfeldmarschall Helmuth Weitzel gefangen.

Spartacist,
theoretische und
dokumentarische
Quellensammlung
der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 20, Sommer 1998
€ 2,-

Zu beziehen über die
Redaktionsadresse

Für eine Sozialistische Republik Vereinigtes Kurdistan!

Das kurdische Volk und die US-Besatzung des Irak

Nachfolgend drucken wir den abschließenden Teil des redigierten Vortrags von Workers Vanguard-Redaktionsmitglied Bruce André auf einer öffentlichen Schulungsveranstaltung von Spartacist League/Spartacus Youth Club am 3. Mai in Berkeley. Der erste Teil erschien in Spartakist Nr. 152 (Herbst 2003).

Wie erwähnt geht die Teilung der kurdischen Nation auf das Ende des Ersten Weltkriegs zurück, als die Briten und andere Kolonialmächte die Grenzen des Irak und der anderen Länder des Nahen Ostens zogen. Es ist nützlich, sich mit dieser Geschichte zu beschäftigen, nicht nur um das Funktionieren imperialistischer Herrschaft aufzudecken; es zeigt auch den gewaltigen Einfluss, den die Russische Revolution auf die Völker des Nahen Ostens ausübte, und wie dieser Einfluss zur Gestaltung des modernen Nahen Ostens beitrug. Der leitende Grundsatz für die Imperialisten war „Teile und Herrsche“. Die Araber in Palästina, wozu auch das heutige Jordanien zählte, wollten mit den Arabern im heutigen Syrien und Libanon vereinigt sein; sie wurden auf getrennte Länder aufgeteilt. Die schiitischen und sunnitischen Muslime und Kurden und Turkmenen auf dem Gebiet des heutigen Iraks wollten getrennt voneinander leben; sie wurden dazu gezwungen, unter einem Dach zu leben.

Noch bevor der Erste Weltkrieg zu Ende war, teilten die britischen und französischen Imperialisten die Beute ihres

Teil zwei von zwei

bevorstehenden Sieges in dem geheimen Sykes-Picot-Abkommen von 1916 auf. Die Veröffentlichung dieses Dokumentes durch den bolschewistischen Arbeiterstaat entlarvte die Machenschaften der Imperialisten und hatte eine elektrisierende Wirkung auf die ganze Region. Gleichzeitig versprachen die Briten heimlich Sharif Hussein von Mekka, er könne König eines vereinigten arabischen Staates werden, wenn er sich auf ihre Seite schlug. Dieser sogenannte „arabische Aufstand“ gegen die Türken war für die Briten von propagandistischem Wert, denn die Truppen – die Armeen von Indien und Ägypten –, die für die Beherrschung des britischen Empires unentbehrlich waren, bestanden hauptsächlich aus muslimischen Untertanen der britischen Kolonialherrschaft; viele von ihnen sahen in dem Krieg gegen die Osmanen einen Krieg gegen den Islam.

Offensichtlich standen all diese zynischen Verspre-



Oben: Britische Streitkräfte treiben in Bagdad Kurden zusammen in der Zeit der nationalistischen Aufstände Mitte der 20er-Jahre. Rechts: britische Soldaten trainieren 1918 Giftgasangriffe auf Rebellen im Irak während kolonialer Besatzung nach dem Ersten Weltkrieg



Sir Ernest Goodale

chungen – in der Balfour-Deklaration versprachen die Briten sogar, den Zionisten eine jüdische Heimat in Palästina zu geben – im Widerspruch zueinander. Auch den Kurden wurde ihr eigener Staat – wenn auch ein Rumpfstaat – im Vertrag von Sèvres 1920 versprochen. Aber selbst diesen deformierten Ausdruck nationaler Selbstbestimmung haben sie niemals erhalten. Etwa 1920 wurde klar, dass es im ehemaligen osmanischen Vilayet (Provinz) Mosul, das im Sykes-Picot-Abkommen Frankreich zugesprochen worden war, weit mehr Öl gab, als ursprünglich angenommen. So beschloss Britannien, diese Provinz zu behalten, und schuf ein neues Land mit dem Namen Irak, das im Wesentlichen der Konzession der britisch kontrollierten Turkish Petroleum Company entsprach. Übrigens findet ihr vielleicht folgendes interessant: Bei der Entscheidung darüber, wie der Irak für sein Öl entschädigt werden sollte, benutzte man als Präzedenzfall „die Art und Weise, wie die Regierung der Vereinigten Staaten den Verkauf des Landes der Osage-Indianer abgewickelt hat“ (Edith und E.F. Penrose, *Iraq* [1978]). Der Aufteilung Kurdistans stimmte der Völkerbund, den Lenin als „Räuberhöhle“ bezeichnete, erwartungsgemäß zu. Er diente – wie heute die Vereinten Nationen – als Feigenblatt für imperialistische Interessen.

Gleichzeitig war die bolschewistische Revolution – und ihre Ausweitung auf das größtenteils muslimische Zentralasien im Laufe des drei Jahre dauernden blutigen Bürgerkrieges gegen die vom Imperialismus unterstützten konter-

revolutionären weißen Armeen – der Auslöser für eine Reihe nationaler Revolten und Volksaufstände in dem ausgedehnten von britischen Truppen besetzten Gebiet von Ägypten über den Fruchtbaren Halbmond bis zum Iran. Die Türken unter der Führung von Mustafa Kemal (auch bekannt als Atatürk) führten einen nationalen Krieg – mit Unterstützung der Sowjetmacht unter Lenin –, um die von den Briten unterstützte griechische Armee zu vertreiben und die Grenzen des modernen türkischen Staates zu sichern, einschließlich des nördlichen Kurdistans. (Übrigens wurde Atatürk von den Kurden in der Türkei unterstützt, die dafür mit gnadenloser Unterdrückung belohnt wurden.) In Ägypten berichtete ein Beobachter, als 1919 eine Welle von Streiks und Demonstrationen das Land überrollte, dass „Nachrichten über einen Erfolg oder Sieg der Bolschewiki“ im Russischen Bürgerkrieg „bei allen Klassen von Ägyptern ein starkes Gefühl der Freude und der Zufriedenheit auszulösen scheinen“ (Hanna Batatu, *The Old Social Classes and the Revolutionary Movements of Iraq* [1978]). Ebenfalls 1919 brach im Punjab in Indien eine offene Rebellion aus; Hunderte wurden von britischen Truppen niedergeschossen.

Im gleichen Jahr erhoben sich die Kurden zu einem Aufstand gegen die britische Besetzung. Ein Kurde erklärte: „Wir werden keine fremde Macht über uns haben, wir sind Bolschewiki und werden uns selbst regieren“ (David McDowall, *A Modern History of the Kurds* [1996]). Die Briten schlugen den kurdischen Aufstand nieder und setzten dabei erstmals in der Geschichte Bombardierungen von Zivilisten aus der Luft ein. Einer von denen, die ihre Karriere mit der Bombardierung kurdischer Familien begannen, war Arthur „Bomber“ Harris, der bestialische Kriegsverbrecher, der später beim Brandbombenangriff auf Dresden das Kommando hatte. Winston Churchill, damals Kriegs- und Luftfahrtminister, war Rumsfeld um 80 Jahre voraus, als er den Einsatz von Luftstreitkräften gegen die kolonialen Untertanen Britanniens begrüßte, weil dies es ermögliche, „die Garnison in ihrer Größe und folglich in ihren Kosten sehr stark zu reduzieren“ (Martin Gilbert, *Winston S. Churchill, Volume IV* [1978]).

Im Jahr darauf erhoben sich die Araber Mesopotamiens (des südlichen Iraks) zu einem Aufstand und boten den mehr als 130 000 britischen Soldaten die Stirn, was die Briten 2500 Tote kostete, bevor der Aufstand im Blut ertränkt wurde. Churchill forderte lautstark den Einsatz von Senfgasbomben gegen die irakischen Aufständischen; man entschied sich stattdessen, sie mit Giftgasartilleriegranaten zu bombardieren. Vielleicht hat unter anderem dieses Beispiel Saddam Hussein inspiriert, als er seinerseits die Kurden vergaste.

Inzwischen tobte eine Debatte hinter den verschlossenen Türen der britischen Regierung über die Art und Weise, wie man die von britischen Truppen besetzten Nahost-Gebiete verwalten sollte. Den Hintergrund der Debatte bildeten die Aufstände, die durch die Region fegten, und die Siege der Bolschewiki im Bürgerkrieg gegen die konterrevolutionären weißen Armeen und die imperialistischen Truppen, die man zur Zerschlagung der Russischen Revolution geschickt hatte.

Einige Kolonialisten wie Churchill argumentierten, es sei billiger und sicherer, formal unabhängige Staaten zu errichten und imperialistische Herrschaft indirekt auszuüben. Aber die Herrscher Britisch-Indiens, die fest im Sattel saßen, widersetzten sich jeglichem Zugeständnis an den aufsteigenden Nationalismus, was, wie sie fürchteten, ein gefährliches Beispiel für Indien und den Rest des Empires abgeben würde.

Es ist faszinierend, die Debatte in Churchills

persönlichen Aufzeichnungen zu verfolgen. Churchill war besessen davon, dass der, wie er es nannte, „Bazillus“ des Bolschewismus Indien infizieren könnte. Er schrieb an den Außenminister: „Der Sturz von Lenin und Trotzki und des Systems, das sie verkörpern, ist unerlässlich für Frieden und Erneuerung in der Welt“ (Aaron Klieman, *Foundations of British Policy in the Arab World* [1970]).

Die Briten hatten damit gerechnet, dass Georgien und andere britische Satellitenstaaten im Kaukasus als Pufferstaaten zwischen der Russischen Revolution und den unter britischer Kolonialbesetzung stehenden Ländern dienen würden. Als die Rote Armee gegen die Truppen des von den Briten unterstützten Generals Denikin vorrückte, schrieb Churchill im Februar 1920 außer sich, die britischen Streitkräfte im Irak seien „völlig unzureichend, um ... uns in die Lage zu versetzen, einem bolschewistischen Vormarsch vor Erreichen der wichtigsten Grenzabschnitte Indiens effektiven Widerstand entgegenzusetzen“. Im April zerschlug die Rote Armee Denikins Streitkräfte; eine Sowjetrepublik wurde in Baku ausgerufen. Churchill schrieb: „Sollen wir Persien verteidigen oder nicht? Wenn nicht, wird Persien durch russischen Bolschewismus demoralisiert werden... Wenn ja, werden wir uns aller Wahrscheinlichkeit nach in einer sehr ernsten und ungewissen Verwicklung befinden.“

Inzwischen rückten die Bolschewiki, in einer Gegenoffensive gegen den Einmarsch von Pilsudskis Polen, auf die Tore Warschaws vor, in der Hoffnung, die Rote Armee bis zur deutschen Grenze zu bringen und eine sozialistische Revolution in Deutschland auslösen zu können. Aber die Rote Armee wurde zurückgeschlagen. Im Oktober schrieb Churchill mit Erleichterung: „Wir wissen sehr wohl um die furchtbaren Gefahren, vor denen wir, wie durch ein Wunder, durch die Schlacht von Warschau gerettet wurden.“ Bis Ende des Jahres waren fast alle ausländischen und weißen Armeen von sowjetischem Boden vertrieben worden. Der Aufstand im südlichen Irak war niedergeschlagen worden. Die Briten gingen nun rasch daran, eine Reihe neuer formal unabhängiger Staaten im Nahen Osten zu schaffen. Die Protokolle der Kabinettsitzung vom 31. Dezember geben wieder, dass die Regierung nun einen Vorschlag aufgriff, Sharif Husseins Sohn Faisal zum König von Mesopotamien zu machen:

Fortgesetzt auf Seite 10



Reuters

Bagdad, 21. April: Irakische Schiiten protestieren gegen blutige koloniale Besetzung durch die Armee des US-Imperialismus

Kurdistan...

Fortsetzung von Seite 9

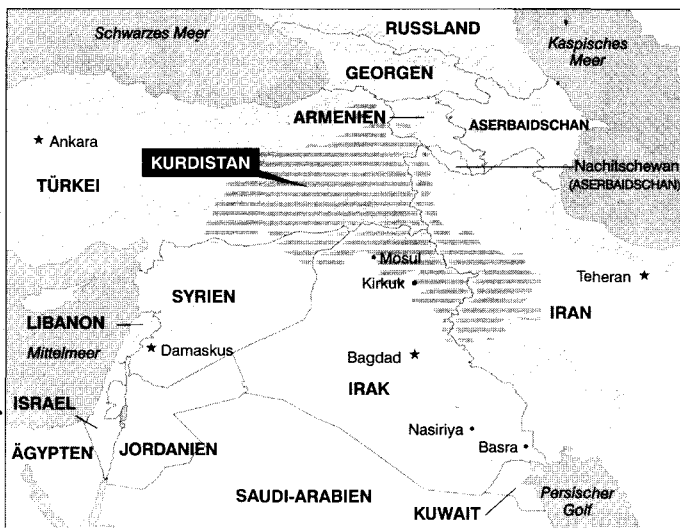
„Sein Erscheinen würde ausreichen, um das nationale Empfinden auf ein oder zwei Jahre zu befriedigen und das Land zufrieden zu halten, wodurch die Besatzungsarmee reduziert werden könnte...“

Es wurde betont, dass, wenn Faisal mit Zustimmung der Araber zum König ernannt würde, ... Mesopotamien wahrscheinlich zur Ruhe kommen und dann vergleichsweise leichter zu verwalten wäre.“ (Gilbert, *Winston S. Churchill, Volume IV*)

Im März 1921 ging der erfolgreiche, aber kräftezehrende Bürgerkrieg zu Ende, und Lenin führte die Neue Ökonomische Politik ein, die als zeitweiliger Rückzug und zur Konsolidierung gedacht war. Im selben Monat wurden die Linien der neuen Ordnung im Nahen Osten auf einer Konferenz in Kairo festgelegt. Unter dem Vorsitz Churchills, der jetzt Kolonialminister war, wurde auf dieser Sitzung die endgültige Teilung des Nahen Ostens festgelegt: Die Königswürde des Irak wurde Faisal übertragen. Ein Stück des britischen Mandats in Palästina wurde abgetrennt und Transjordanien genannt (das heutige Jordanien) und als Königtum Faisals älterem Bruder Abdullah angeboten. Im Jahr zuvor hatte Frankreich den Libanon von Syrien abgetrennt. Die Landkarte des Nahen Ostens wurde fast so gezeichnet, wie sie heute ist.

Die Kurden und die leninistische Position zur nationalen Frage

Die Politik des „Teile und Herrsche“ wirkte Wunder im Nahen Osten, indem sie die kolonialen Untertanen gegeneinander aufbrachte anstatt gegen die imperialistischen Herren. Als sich der arabische Nationalismus in den 20er- und 30er-Jahren entwickelte, nahm er sich nicht die Große Französische Revolution von 1789 zum Vorbild, sondern stattdessen Bismarcks Einigung Deutschlands. (Die Zionisten beziehen sich ebenfalls auf Bismarck – das ist Nationbuilding in der Epoche des Imperialismus.) Jeder starke Mann der arabischen Welt, von Iraks König Faisal über Gamal Abdel Nasser von Ägypten bis zu Saddam Hussein, empfahl sich als der arabische Bismarck, der die Araber in einem einzigen Staat vereinen würde. So war die sogenannte „arabische Revolution“ nicht gerichtet gegen die Imperialisten oder die herrschenden Kapitalistenklassen im Nahen Osten. Stattdessen reduzierte sie sich auf Machtspiele arabischer Länder zur Beherrschung ihrer Nachbarn, während sie die ganze Zeit die Arbeiterklasse und nationale, religiöse und ethnische Minderheiten grausam unterdrückte.



Karte: Workers Vanguard

Wie überall bedeuteten Versuche im Nahen Osten, einheitliche Nationalstaaten unter dem Kapitalismus zu konsolidieren, die „ethnische Säuberung“ nationaler Minderheiten wie der Kurden – Zwangsassimilierung oder bewaffneter Terror, um sie zu vertreiben. Die Ba'ath-Partei – klassische arabische Nationalisten, vertreten durch Assads Syrien und Saddam Husseins Irak – war voll und ganz für einen unabhängigen kurdischen Staat, aber in der Türkei und im Iran, nicht in Ländern, die sie für die arabische Nation beanspruchte: „Die großzügige arabische Nation hat all diese Minderheiten unter ihre Obhut genommen ... um ihnen die Wahl zu lassen, entweder im arabischen Heimatland zu bleiben oder auszuwandern“ (Uriel Dann, *Iraq Under Qassem* [1969]).

Natürlich ist dies auch der Standpunkt arabischer Nationalisten bezüglich der Juden Israels oder genauer gesagt des hebräischsprachigen Volkes. In einer jüngsten Polemik gegen uns drückte es die League for the Revolutionary Party (LRP), deren Position zum Nahen Osten ein fast wörtliches Nachbeten der arabischen Nationalisten ist, folgendermaßen aus: „Man kann sagen, dass Israelis, die nicht willens sind, in einem palästinensischen Arbeiterstaat zu leben, das Recht haben werden zu gehen“ (*Proletarian Revolution*, Frühjahr 2002). Der LRP-Artikel erwähnt nicht einmal und verteidigt schon gar nicht die Rechte der Frauen in den arabischen Ländern oder der nicht-muslimischen Minderheiten oder der nicht-arabischen Völker wie z. B. der Kurden.

Diese Blindheit gegenüber der kurdischen Frage ist kein Zufall und sie ist nicht auf die LRP beschränkt. Die Kurden werden von den meisten Linken international zum großen Teil nicht wahrgenommen. Nicht dass die Kurden nicht in den Schlagzeilen gewesen wären. Beispielsweise wurde 1999 PKK-Führer Öcalan verhaftet – wobei die CIA eine Schlüsselrolle spielte – und in einem Willkürverfahren in der Türkei zum Tode verurteilt. Zehntausende beteiligten sich rund um die Welt unverzüglich an Protesten gegen seine Verhaftung und später gegen den Urteilspruch. Die IKL organisierte Kontingente in diesen Demonstrationen und verteilte in großem Maßstab eine Erklärung, die von unseren Genossen von der Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands herausgegeben worden war und auch in türkischer, italienischer, französischer und englischer Sprache erschien. Doch andere linke Gruppen fielen durch ihre Abwesenheit bei vielen dieser Demonstrationen auf. *WV* brachte eine Reihe von Titelartikeln, die „Freiheit für Öcalan!“ forderten. Aber man sucht vergebens in zurückliegenden Nummern von *Proletarian Revolution* der LRP nach Titelschlagzeilen über diese Ereignisse.

Eine Gruppe steht sogar in *Opposition* zur Unabhängigkeit Kurdistans, die International Bolshevik Tendency (IBT), ein Haufen, dessen Gründungsmitglieder aus unserer Organisation in den 80er-Jahren unter dem Druck von Reagans antisowjetischer Kalte-Kriegs-Kampagne ausstiegen. Zwar erhob die IBT den Anspruch, für das „Recht auf Selbstbestimmung“ der Kurden einzutreten, doch 1993 erklärte sie gegen die PKK-Forderung nach einem „Unabhängigen Kurdistan“: Es ergibt „keinen Sinn ein unabhängiges kapitalistisches Kurdistan gegen die Option der schwachen kurdischen Bourgeoisie voranzutreiben, während die Mehrheit der kurdischen Bevölkerung unentschlossen ist“ (*Bolschewik*, Dezember 1992). Die IBT dozierte, „die Gesellschaft wäre auch von rückständigen, vorkapitalistischen sozialen Strukturen bestimmt. Wegen seiner Unterentwicklung hinge ein unabhängiges Kurdistan von der Gnade sowohl der regionalen als auch der imperialistischen Mächte ab.“

Dies ist eine so offenkundige Kapitulation gegenüber den Zielen der Imperialisten und gegenüber dem nationalen

Chauvinismus ihrer Satellitenstaaten, dass es einem fast die Sprache verschlägt. Lasst mich darauf hinweisen, dass der Artikel der IBT aus der Zeitung ihrer Genossen in Deutschland nachgedruckt wurde, wo die Bourgeoisie – und ihre sozialdemokratischen Leutnants in der Arbeiterbewegung – dem kurdischen Nationalismus äußerst feindselig gegenüberstehen. Selbst das Zeigen der kurdischen Nationalfarben ist in Deutschland illegal, ebenso wie in der Türkei. Um der IBT zu antworten, lasst uns auf grundlegende leninistische Prinzipien zurückkommen:

Wir sind gegen Nationalismus als eine Ideologie, eine bürgerliche Ideologie, die dem Prinzip des Klassenkampfes entgegengesetzt ist; Nationalismus bedeutet Einheit aller Klassen in Verteidigung der Nation. Aber wir stehen nationaler Unterdrückung alles andere als gleichgültig gegenüber. Tatsächlich sind wir Marxisten in dieser wie in allen Fragen von Unterdrückung die unversöhnlichsten Kämpfer für Befreiung. Unser Ausgangspunkt ist die absolute Gleichheit der Nationen; wir verteidigen das Recht aller Nationen auf nationale Selbstbestimmung; das bedeutet das Recht auf Lostrennung und Bildung eines unabhängigen Staates. Das gilt für alle Nationen. Wir stellen keine Vorbedingungen, wie es die IBT in dem Zitat tut, das ich gerade vorgelesen habe, wo sie fordert, dass die Kurden, bevor sie unabhängig sein können, erst frei von „rückständigen“ sozialen Strukturen sein müssen und nicht von der „Gnade“ der imperialistischen Mächte abhängig sein dürfen – was auf jeden Fall für kleine Länder in der Epoche des Imperialismus unmöglich ist.

In erster Linie wollen wir die nationale Frage von der Tagesordnung wegbekommen. Wir sagen den Werktätigen unterdrückter Nationen: Das revolutionäre Proletariat kämpft für eure demokratischen nationalen Rechte; brecht mit euren kapitalistischen Unterdrückern und schließt euch uns über nationale Trennlinien hinweg an in gemeinsamem Klassenkampf gegen unseren gemeinsamen Feind, die Kapitalistenklasse. In der Regel ist unsere Herangehensweise an diese Frage grundsätzlich eine negative. Wir sind gegen nationale Unterdrückung und wir kämpfen für das Recht auf nationale Selbstbestimmung. Aber das bedeutet nicht notwendigerweise, dass wir für die Ausübung dieses Rechtes, d. h. für die Errichtung eines unabhängigen Staates sind. Lenin verglich dies mit der Ehescheidung: Wir sind für die



Praeger Inc.

Bagdad, Juli 1958: Massendemonstration, als Putsch irakischer Offiziere die von Britannien aufgezwungene Monarchie stürzte. Aber sowjetische stalinistische Bürokratie und irakische KP-Führung ließen Möglichkeit zur Arbeiterrevolution scheitern

Verteidigung des Rechtes auf Ehescheidung, aber wir sind nicht notwendigerweise dafür, dass ein bestimmtes Paar geschieden wird.

Jedoch gibt es Fälle, in denen wir für nationale Unabhängigkeit eintreten. Wieder ist unser Ausgangspunkt die Frage, was im Interesse des Kampfes für sozialistische Revolution liegt – erinnert euch, wir wollen die nationale Frage von der Tagesordnung wegbekommen. Beispielhaft dafür ist der Fall Quebecs, einer unterdrückten Nation innerhalb Kanadas (welches nebenbei gesagt das Heimatterritorium der IBT ist). Dort hat die nationale Spaltung die Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse Englisch-Kanadas und Quebecs derart vergiftet, dass bei den Arbeitern beider Nationen die Einsicht, dass der Feind ihre jeweiligen kapitalistischen Herrscher sind und nicht sie selber gegenseitig, nur durch die Errichtung eines unabhängigen Quebecs erreicht werden kann. Diese Frage wurde nicht durch ein Referendum entschieden; sie wurde im Grunde schon 1970 mit der Einführung von Gesetzen entschieden, die das Französische zur einzigen offiziellen Sprache in Quebec machen. (Wenn ihr dieser Frage nachgehen möchtet, so haben wir sie eingehend im *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 17, Frühjahr 1996, behandelt.) Die IBT ist gegen die Unabhängigkeit von Quebec, was eine offene Kapitulation vor dem Anglochauvinismus in Englisch-Kanada ist.

Was bedeutet das also in Bezug auf Kurdistan? Man wird gewiss keine demokratische Volksabstimmung zu dieser Frage in irgendeinem Lande des Nahen Ostens zu sehen bekommen. Wie kann man entscheiden, ob der Weg einer Assimilierung der Kurden in die vorherrschende arabische Nation noch gangbar ist oder ob die nationalen Trennlinien zu tief sind? Die Frage zu stellen bedeutet, sie auch zu be-

Fortgesetzt auf Seite 12

Erhältlich in Türkisch



IKL-Erklärung
Verteidigt Irak gegen Angriff von USA und verbündeten Imperialisten!

Nieder mit der UN-Hungerblockade!

herausgegeben: 23. Oktober 2002
€ 0,20

Ebenfalls in Türkisch erhältlich:

Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms der IKL

angenommen 1998 bei der III. Internationalen Konferenz der IKL
€ 1,-

Bestellt bei:

SpAD, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Postbank Frankfurt/Main, Konto 119 88-601, BLZ 500 100 60

Kurdistan...

Fortsetzung von Seite 11

antworten! Die Geschichte hartnäckiger Rebellion des kurdischen Volkes gegen seine Unterdrücker – unter unzähligen menschlichen Verlusten – geht mehr als 80 Jahre zurück. Irakische Kurden kämpften von 1919 bis in die 30er-Jahre hinein fast ununterbrochen gegen die Briten und ihre Marionettenregime. Trotz wiederholten Verrats durch ihre nationalistischen Führer setzten die Kurden, nachdem die von den Briten unterstützte Monarchie 1958 gestürzt worden war, ihre Aufstände gegen die brutale Unterdrückung durch die Ba'ath-Partei fort. Im Iran kämpften die Kurden nach dem Zweiten Weltkrieg gegen die Briten, was zu einer unabhängigen Republik Mahabad in Iranisch-Kurdistan führte; gegen Chomeinis Islamische Republik nahmen sie die Revolte wieder auf.

In der Türkei wurde eine Reihe kurdischer Aufstände, die von den 20er-Jahren bis Ende der 30er-Jahre andauerten, niedergeschlagen, wobei über 1,5 Millionen türkische Kurden entweder niedergemetzelt oder deportiert wurden. Die Unterdrückung war so stark, dass es 30 Jahre dauerte, bis in Türkisch-Kurdistan wieder ein nennenswerter politischer Kampf stattfinden konnte. Seit dem Wiedereinsetzen der Rebellion in den 80er-Jahren wurden mehr als drei Millionen Kurden aus ihren Häusern vertrieben. Dies ist eine Nation, die das Recht zur Gründung eines unabhängigen Staates wahrhaft verdient hat. Nur selbstgerechte Großmachtchauvinisten wie die IBT können die obszöne Bemerkung machen, dass die kurdische Bevölkerung in der Frage der nationalen Befreiung „unentschlossen“ sei.

Die Irakische Revolution von 1958

Nun sprach ich bereits davon, dass es eine reichhaltige historische Erfahrung gemeinsamen Klassenkampfes von arabischen und kurdischen Arbeitern gibt. Ich möchte ein wenig auf den Höhepunkt dieser Tradition eingehen, die Irakische Revolution von 1958. Diese Revolution wurde am Tag der Bastille 1958 ausgelöst – dem 14. Juli –, als der Sturz der verhassten von den Briten errichteten Monarchie durch irakische Freie Offiziere die machtvollste Demonstration revolutionärer Fähigkeiten im Nahen Osten entfesselte. Bewaffnet und höchst organisiert stand die irakische Arbeiterklasse, geführt von der Irakischen Kommunistischen Partei (IKP), am Rande der Machtergreifung. Und eine

Vorreiterrolle in dieser Revolution hatten die kurdischen Arbeiter der Ölfelder und Industriebetriebe von Kirkuk und Mosul. Nach Uriel Dann hatten „die Tausenden von Arbeitern auf den Ölanlagen, in ihrer Mehrheit Kurden, eine kommunistische Ortsgruppe herangebildet, deren Kampfbilanz im Irak unübertroffen war“ (*Iraq Under Qassem*).

Innerhalb von Wochen breitete sich über die landwirtschaftlichen Ebenen des Irak ein Bauernaufstand aus, in dessen Verlauf Bauern die Landgüter der Großgrundbesitzer niederbrannten, die Schuldbücher zerstörten und das Land besetzten. Die IKP kontrollierte die Arbeitergewerkschaften, die Bauernorganisationen, die Studentengewerkschaften. Mammutkundgebungen, von denen einige über eine Million Teilnehmer auf die Beine brachten, wurden in Bagdad unter der Führung der IKP abgehalten. US-Präsident Eisenhower reagierte auf den revolutionären Ausbruch mit der Entsendung von Marineinfanteristen in den Libanon und mit der Vorbereitung einer möglichen Invasion des Irak. Das *Wall Street Journal* (16. Juli 1958) erklärte offen: „Wir kämpfen um die Ölfelder des Mittleren Ostens.“

Die Revolution von 1958 hatte enorme Auswirkungen im ganzen Nahen Osten, nicht nur auf Arbeiter, sondern auch auf das kurdische Volk. Man kann das Ausmaß des revolutionären Aufbruchs im Irak unter anderem daran ermessen, dass die neue Verfassung die Kurden als gleichberechtigten Partner der Araber in der Gesellschaft aufzählte (ohne natürlich das Recht der Kurden auf Unabhängigkeit anzuerkennen). David McDowall behauptet in seinem Buch *A Modern History of the Kurds*, dass die Irakische Revolution von 1958 „den mit Abstand wichtigsten Impuls für kurdisches Selbstbewusstsein“ in der Türkei gab.

Die Irakische Kommunistische Partei war nicht nur die proletarischste der Kommunistischen Parteien im Nahen Osten; von Anfang an hatte sie eine große Anzahl von Mitgliedern nationaler und ethnischer Minderheiten, einschließlich Juden. In dem Zeitraum von 1949 bis 1955 war jeder Generalsekretär der IKP Kurde, und fast ein Drittel ihres Zentralkomitees waren Kurden. Von Anfang an hatte die IKP das Recht der Kurden auf Unabhängigkeit gefordert. Jedoch 1955, als die Stalinisten vor Nasser und dem arabischen Nationalismus kapitulierten, übte die IKP Selbstkritik an ihrer bisherigen Position und erklärte jetzt: „Das brüderliche kurdische Volk hat keine Interessen, die mit den Interessen irgendeines arabischen Landes unvereinbar sind“ (zitiert in Batatu, *The Old Social Classes and the Revolutionary Movements of Iraq*).

Seit Beginn des Aufstandes von 1958 unterstützte die IKP die Regierung unter Brigadegeneral Abd al-Karim Kasim, den die Stalinisten als den „einzigen Führer“ bejubelten. Das war das Ergebnis des Dogmas der Stalinisten von der „Zwei-Etappen-Revolution“. Dieses bedeutete, das Ziel einer sozialistischen Revolution in die ferne Zukunft aufzuschieben und sich heute nach „fortschrittlichen“ kapitalistischen und imperialistischen „Verbündeten“ umzusehen, die bei der Durchführung einer bürgerlich-demokratischen Revolution helfen sollten. Diese Vorstellung von einer Einheit mit der sogenannten „fortschrittlichen“ Bourgeoisie hat wiederholt dazu gedient, die Arbeiterklasse zu desorientieren und zu demobilisieren und sie blutigen Niederlagen auszuliefern, von China 1927 über Spanien in den 30er-Jahren bis zu Allendes Chile in den frühen 70er-Jahren.

Der Höhepunkt der Revolution kam Anfang 1959, als die IKP eine Viertelmillion



Die Zeit

1996: Türkisches Militär terrorisiert kurdische Bevölkerung in den Bergen Kurdistans

Menschen in Mosul mobilisierte, viele davon bewaffnet, um einen Staatsstreich von Nasseristen und konterrevolutionären Offizieren niederzuschlagen. Dies löste mehrtägige Straßenkämpfe aus, in deren Verlauf die kommunistisch geführten Arbeiter und Soldaten mit den Verschwörern und ihren bürgerlichen Hintermännern aufräumten, viele verhafteten und andere an Laternenpfählen aufhängten. Bewaffnete Militante der Volkswiderstandsstreitkräfte (PRF), einer Volksmiliz, die von Kasim im Juli 1958 aufgestellt und schnell von den Kommunisten übernommen worden war, übernahmen faktisch die Macht in der Stadt.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die IKP mehr Unterstützung unter den Offizieren des Militärs, als die Bewegung der Freien Offiziere bei ihrer Machteroberung am 14. Juli 1958 gehabt hatte. Laut Batatu, dessen Buch das Standardwerk zur Geschichte der IKP ist, kontrollierten IKP-freundliche Offiziere die strategisch wichtige Erste Division in Basra und Nasiriya, die Zweite Division in Kirkuk, eine Brigade der Zweiten Division in Mosul und eine Reihe weiterer Armeeeinheiten.

Der Befehlshaber der Luftstreitkräfte war ein IKP-Unterstützer, ebenso wie fast ein Viertel der Piloten. Mehrere dieser militärischen Befehlshaber baten die IKP-Führung dringend, die Macht zu ergreifen, was auch eine Vorstellung davon gibt, wie die Stimmung bei den Mannschaften gewesen sein musste.

Vor allem hatten die Volkswiderstandsstreitkräfte, die in Mosul gerade ihre Macht demonstriert hatten, im Mai 1959 konservativen Schätzungen zufolge 25 000 Mitglieder.

Hier ist die Schilderung der Situation durch den *Militant* (20. April 1959) von der Socialist Workers Party, damals die trotzkistische Partei in den USA:

„Die einfachen Leute von Bagdad – der ‚Pöbel‘, wie die amerikanischen Zeitungskorrespondenten sie nennen – tun dem Kasim-Regime überhaupt nicht den Gefallen, sich in ihre erbärmlichen Bruchbuden zurückzuziehen, sondern halten die Hauptstadt weiterhin unter Kontrolle. Ihre organisierten Einheiten junger Männer und Frauen – weil die arabischen Frauen durch die Revolution von ihren jahrhundertealten Fesseln befreit werden – patrouillieren auf den Straßen und sorgen für öffentliche Ordnung. Außerdem gibt die Kasim-Regierung widerwillig den Forderungen der Massen nach, dass die Volkswiderstandsstreitkräfte ihre Waffen behalten sollen. Bis dahin mussten Waffen nach dem täglichen Exerzieren wieder an die Waffendepots der Armee zurückgegeben werden...“

Im Irak haben die Arbeiter und Bauern jetzt eine äußerst günstige Gelegenheit, eine sozialistische Revolution durchzuführen, die der erste Schritt zur Beendigung der Rückständigkeit und Armut ihres Landes wäre und den Irak zur Inspiration und zur Anziehungskraft für die Massen aller Länder des Mittleren Ostens machen würde.“

Die Irakische Kommunistische Partei

Mitten in den revolutionären Wirren waren selbst für eine relativ kleine trotzkistische Organisation die Möglichkeiten enorm, zu intervenieren und die IKP zu spalten und so revolutionär gesinnte Arbeiter und Intellektuelle von ihren stalinistischen Irreführern wegzugewinnen. Die IKP machte derart spektakuläre Fortschritte, dass sie im Januar 1959 gezwungen war, einen Rekrutierungsstopp zu verkün-



Spartakist

Berlin, 13. Mai 2002: Streikende IG-Metaller bei DaimlerChrysler-Auto-fabrik. Türkische und kurdische Arbeiter sind strategisch wichtiger Bestandteil des Industrieproletariats in Deutschland

den, da die Flut neuer Mitglieder ihre Möglichkeiten überstieg, sie zu integrieren. Die SWP bemerkte scharfsinnig (*Militant*, 20. April 1959), dass die IKP, weil sie seit Juli 1958 so überaus schnell gewachsen war, „vielleicht nicht unter der festen Kontrolle eines bürokratischen Apparates steht“.

Ich habe einige indirekte Anhaltspunkte für die Art von Spannungen, die an der IKP zerrten – und wahrscheinlich damals an den KPen im ganzen Nahen Osten. Sie stammen aus einem Artikel, den Maxime Rodinson – ein französischer marxistischer Intellektueller, der sich auf den Nahen Osten spezialisiert hatte – Anfang 1959 schrieb, als die Irakische Revolution auf ihrem Höhepunkt war. Damals war Rodinson Mitglied der französischen KP oder gerade dabei, mit ihr zu brechen, und stand mit vielen KP-Mitgliedern im Nahen Osten in Verbindung. Er schrieb:

„Wir sehen uns der gleichen Art von Dilemma gegenüber, worüber bei den russischen Sozialdemokraten vor 1917 sehr bittere Kontroversen geführt wurden. Wie Trotzki damals erkannte, und auch Lenin, wie man aus den April-Thesen ersehen kann, stellt sich die Frage: Soll die sozialistische Revolution sofort der antifeudalen (und hier antiimperialistischen) Revolution folgen? Oder soll

Fortgesetzt auf Seite 14



**Bestellt!
Spartacist**

(deutsche Ausgabe)

Nr. 23
FRÜHJAHR 2003
48 Seiten

€ 1,50

Zu beziehen über:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

Kurdistan...

Fortsetzung von Seite 13

man sich zwischen den beiden Stadien auf eine lange Periode des Aufbaus wirtschaftlicher Unabhängigkeit im Rahmen kapitalistischer Produktionsverhältnisse einstellen?

Die für die sozialistische Revolution notwendigen sozialen Kräfte sind vorhanden.“ (Maxime Rodinson, *Marxism and the Muslim World* [1981])

Rodinson akzeptiert hier immer noch das stalinistische Dogma von der Revolution in Etappen, aber sicherlich reibt er sich an den dadurch gesetzten Grenzen. Ich kann es nicht beweisen, bin aber ziemlich sicher, dass dieses Zitat indirekt die gewaltigen Widersprüche innerhalb der stalinistischen Parteien des Nahen Ostens zur damaligen Zeit widerspiegelt.

Im Juli richtete sich die Aufmerksamkeit auf Kirkuk, wo eine IKP-geführte Demonstration in ein kommunalistisches Massaker an Turkmenen ausartete, die in der Händlerelite der Stadt prominent vertreten waren. Es gab keinerlei Beweise, weder damals noch heute, dass die IKP-Führung das kommunalistische Massaker entfacht oder unterstützt hatte. Aber Kasim benutzte die Vorfälle von Kirkuk als Vorwand, um die IKP zu unterdrücken. Er befahl die Auflösung der KP-geführten Milizen, der Volkswiderstandstreitkräfte, er ließ Hunderte von KP-Unterstützern verhaften und schloss das Hauptquartier des Allgemeinen Gewerkschaftsverbandes. Ein Plenum des Zentralkomitees der IKP antwortete mit unterwürfiger Selbstkritik und erklärte, dass ihre Forderung nach Beteiligung an der Regierung „ein Fehler“ gewesen sei, da sie „zur Beeinträchtigung der Beziehungen der Partei zur nationalen Regierung führte“ – mit anderen Worten, Kasim verärgerte. Das Plenum verkündete das „Einfrieren“ der Arbeit der KP in der Armee und setzte die Mitglieder davon in Kenntnis, dass ein „geordneter Rückzug“ durchgeführt würde.

Zufälligerweise wurde genau am gleichen Tag, an dem der Bericht des Plenums veröffentlicht wurde, angekündigt, dass Chruschtschow im folgenden Monat die Vereinigten Staaten zu einem Gipfeltreffen mit Eisenhower besuchen werde. Batatu hebt hervor, wie Chruschtschow das irakische Proletariat ausverkaufte, um sein Treffen mit dem US-Präsidenten in Camp David angenehmer zu gestalten:

„Der vielleicht ausschlaggebende Faktor bei der Entscheidung, den Rückzug anzutreten, war der Druck, den die Kommunistische Partei der Sowjetunion anscheinend auf die irakische KP-Führung ausgeübt hat. Adnan Jilmi-



Berxwedan

1993: Kurden und das mit der SpAD verbundene Komitee für soziale Verteidigung protestieren gegen das Verbot der PKK und aller kurdischen Vereine

ran zufolge, damals Mitglied des Ortskomitees von Mosul, schickten die Russen zu diesem Zeitpunkt George Tallu nach Bagdad, ein Mitglied des irakischen Politbüros, der sich in Moskau einer medizinischen Behandlung unterzogen hatte, und zwar mit dem dringlichen Ersuchen an die irakische Partei, sie solle Kasim auf keinen Fall provozieren und ihren Anspruch auf Beteiligung an der Regierung zurückziehen. Die Russen hatten offensichtlich nicht den Wunsch, alle Brücken zu Nasir [Jemal Abdul-Nasir – Nasser] abzubrechen oder ihre neue Politik der ‚friedlichen Koexistenz‘ aufs Spiel zu setzen oder die Chancen auf einen Besuch in Washington, an den Chruschtschow dachte und den er schließlich im September auch machte, zu zerstören.“

Im Februar 1963 gelang es der Ba'ath-Partei, einen Militärputsch zu arrangieren, der Kasim zu Fall brachte und die konterrevolutionären Furien entfesselte. Anhand von Listen über Kommunisten, von der CIA zur Verfügung gestellt, führte die Miliz der Ba'ath-Partei, die Nationalgarde, Haus-zu-Haus-Durchsuchungen durch; mutmaßliche KPIer wurden zusammengetrieben und erschossen. Schätzungsweise 5000 wurden ermordet und weitere Tausende ins Gefängnis geworfen, von denen viele durch Saddam Hussein und andere schrecklich gefoltert wurden.

Die Rolle der CIA bei dem Ba'ath-Putsch von 1963 ist umfassend dokumentiert. König Hussein von Jordanien erzählte der ägyptischen Tageszeitung *Al-Ahram* kurz nach dem Putsch, er wisse „ganz sicher“, dass US-Geheimdienste die Namen und Adressen von Kommunisten lieferten, die ermordet werden sollten. In ihrem Buch *Iraq: International Relations and National Development* (1978) berichten Edith und E.F. Penrose, dass ihnen eine Reihe irakischer Funktionäre, darunter Ba'athisten, von der Rolle der CIA erzählt haben. Und Marion Farouk-Sluglett und Peter Sluglett erklären in *Iraq Since 1958* (1987):

„Ein hoher ehemaliger Beamter des Außenministeriums hat uns gegenüber bestätigt, dass Saddam Hussein und andere Ba'athisten Ende der 50er- und Anfang der 60er-Jahre zu den amerikanischen Behörden Kontakt aufgenommen hatten. Zu diesem Zeitpunkt hielt man die Ba'ath für die ‚politische Kraft der Zukunft‘, die amerikanische Unterstützung gegen ‚Kasim und die Kommunisten‘ verdiene.“

Bestellt!

„Für eine
Sozialistische Republik
Vereinigtes Kurdistan“
(Übersetzung in Türkisch
und Kurdisch)

Erklärung von 1984

Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin
Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



Derweil ging die Geschichte des Verrats der IKP weiter: Als Kurden 1961 gegen das Kasim-Regime rebellierten, denunzierte die IKP die Revolte, diese „diene imperialistischen Zielen“. Im Jahre 1972, als sich Saddam Hussein eine Zeit lang mit der Sowjetunion verbündete, traten zwei IKP-Führer, denen in seinen Gefängnissen nicht die Augen ausgestochen worden waren, in seine Regierung ein. Im letzten Monat begrüßten die Überreste der IKP die koloniale US-Besatzung mit einem Banner in Bagdad, auf dem stand: „Ein freies Land für glückliche Menschen“.

Für eine Sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

Selbst in der Niederlage lässt die Irakische Revolution von 1958/59 das Potenzial der Arbeiterklasse erkennen, die Macht zu ergreifen und die Basis für die Befreiung aller Unterdrückten zu schaffen. Das positive Beispiel dafür ist natürlich die Russische Revolution von 1917. Der erste Arbeiterstaat der Welt diente den unterdrückten Massen im ehemaligen Zarenreich und auf der ganzen Welt als Leuchtturm der Befreiung. Weil die Bolschewiki entschlossen waren, die Vielzahl nationaler Fragen zu lösen, indem sie energisch für nationale und demokratische Rechte kämpften, gelang es dem sowjetischen Proletariat, die unzähligen unterdrückten Nationalitäten und Völker im ehemaligen Russischen Reich auf seine Seite zu ziehen. Dies trug in starkem Maße zum Sieg der Arbeiter über die weiße Konterrevolution im Bürgerkrieg bei. Lenin betonte nachdrücklich, dass die Sowjetunion eine freiwillige Vereinigung von Völkern sei. In den frühen Jahren der bolschewistischen Macht wurden viele Sowjetrepubliken, autonome Oblasts und andere regionale Einheiten eingerichtet – die lebendige Verwirklichung des bolschewistischen Programms der nationalen Selbstbestimmung.

Innerhalb der Sowjetunion wurde der kleinen Bevölkerungsgruppe von etwa 200 000 Kurden volle Gleichheit mit anderen Nationalitäten gewährt. 1923 schuf der junge Sowjetstaat eine Autonome Republik Kurdistan, die ungefähr zwischen Armenien und Aserbaidschan lag: das sogenannte „Rote Kurdistan“, das laut Gerard Chaliands Buch *People Without a Country* (1980) „ein Leuchtturm für das gesamte kurdische Volk“ war. Während 70 bis 80 Prozent der Kurden in der Türkei oder im Iran noch immer Analphabeten sind, war der Analphabetismus bei den sowjetischen Kurden in den 30er-Jahren völlig beseitigt worden. Die großzügige Behandlung ihrer eigenen kleinen kurdischen Minderheit und ihre Unterstützung der kurzlebigen kurdischen Republik von Mahabad im Iran nach dem Zweiten Weltkrieg verschaffte der Sowjetunion in Kurdistan enormes Ansehen. Jahrelang erhoben selbst kurdisch-nationalistische Gruppen wie die KDP, die sich auf traditionelle Klane stützen, den Anspruch, „marxistisch-leninistisch“ zu sein. Als ich diesen Vortrag in New York hielt, erzählte Genosse Bill von einer iranischen linken Frau, die er kannte und deren Mutter pro-sowjetisch eingestellt war, weil sie lesen und schreiben nur deshalb gelernt hatte, weil die Sowjetarmee während des Zweiten Weltkriegs Iranisch-Kurdistan besetzt hatte.

Die Erfahrung der Russischen Revolution ist aus einem weiteren Grund von entscheidender Bedeutung für die kurdische Frage, nämlich wegen der Befreiung der Frauen, die sie in den muslimischen Ländern Zentralasiens erreicht hatte. Als die Rote Armee in den frühen Jahren nach der Russischen Revolution von 1917 durch Zentralasien stürmte, übernahmen die Bolschewiki die gewaltige Aufgabe, die Frauen in dieser seit langem muslimischen Region zu versuchen zu befreien. Wenn sie von „Märtyrerinnen, die an der Frauenbefreiungsfrente gefallen waren“, sprachen, dann meinten sie die engagierten und heldenhaften Aktivistinnen von der Abteilung für Arbeit unter den Frauen (Sche-

notdel), die den Schleier überzogen, um den Frauen des muslimischen Ostens die Nachricht von den neuen sowjetischen Gesetzen und Unterstützungsprogrammen zu bringen, die ihr Leben verändern würden. Viele dieser Frauen verloren ihr Leben durch aufgebrachte Ehemänner, Väter und Brüder. Ich war in den 80er-Jahren in Sowjetisch-Zentralasien. In Samarkand war ein Teil einer ehemaligen Madrassa (religiöse Schule) in ein Museum zu Ehren dieser Frauen umgewandelt worden. Die Bolschewiki hatten nach der Revolution die Todesstrafe abgeschafft, aber sie machten eine Ausnahme und führten sie speziell für Morde dieser Art wieder ein. Sie konnten dem ein Ende machen.

Eine politische Konterrevolution, die zur Festigung der stalinistischen Sowjetbürokratie führte, lag zwischen dem, was ich in Usbekistan sah, und den Idealen der Befreiung, von denen Lenins und Trotzki's Bolschewiki und die mutigen Schenotdel-Frauen erfüllt waren. Dennoch war der Fortschritt, der erreicht worden war, erstaunlich. In der ganzen Zeit, die ich dort verbrachte, sah ich nie eine Frau mit Schleier – nicht einmal bei Frauen, die in der Zeit vor der Konsolidierung der Revolution in dieser Gegend geboren waren. Empfängnisverhütung und Abtreibung waren kostenlos erhältlich. Im Gegensatz zu jedem muslimischen Land in der Welt konnte ich frei und natürlich mit fremden Frauen an öffentlichen Plätzen, auf Flughäfen, in Fabriken sprechen. Das hervorragende Bildungsniveau kam auch darin zum Ausdruck, dass die meisten Leute, die ich dort traf – sowohl Frauen als auch Männer –, außer Russisch und Usbekisch auch English oder eine andere westeuropäische Sprache sprachen.

Heute, nach der Restauration des Kapitalismus und der Zerstörung der Sowjetunion, mag ich gar nicht an das Schicksal dieser Frauen denken – oder schließlich auch der Männer, die ich dort traf. Die Gesellschaften Zentralasiens wurden um Lichtjahre zurückgeworfen. Islamischer Fundamentalismus ist am Wachsen, die Moscheen sind voll. Krankheiten grassieren, das moderne Gesundheitssystem,

Fortgesetzt auf Seite 16



Frauendemonstration in Petrograd am 19. März 1917. Banner lautet: „So lange Frauen Sklaven sind, kann es keine Freiheit geben – Lang lebe die Gleichheit der Frauen“

Kurdistan...

Fortsetzung von Seite 15

das ich gesehen hatte, wurde zerstört.

Die Frage der Frauenbefreiung steht in direktem Widerspruch zu den Beteuerungen der kurdischen Nationalisten, für Freiheit und Emanzipation einzutreten. Sie kapitulieren alle vor den patriarchalischen Traditionen der Stämme und Klans – im Falle von KDP und PUK sind sie tatsächlich selber nichts anderes als ein Deckmantel für die Herrschaft eines bestimmten Klans. Die PKK kritisiert in ihren öffentlichen Erklärungen die Frauenunterdrückung und ist bekannt dafür, Frauen als bewaffnete Kämpfer in ihre Guerillagruppen aufzunehmen, aber ihre nationalistische Einstellung bringt sie dazu, Gemeinsamkeiten mit einigen der reaktionärsten Kräfte im türkischen politischen Spektrum zu entdecken; sie nahm sogar Vertreter des sunnitischen Klerus – geschworene Feinde der Frauenbefreiung – in ihr Exilparlament auf.

Viele kurdische Nationalisten sind stolz darauf, dass kurdische Frauen angeblich emanzipierter seien als andere Frauen des Nahen Ostens, weil sie nur ein leichtes Kopftuch anstatt der Abayya tragen, des schweren, schwarzen, Kopf bis Fuß bedeckenden Gewandes, das von traditionellen arabischen Frauen im Irak getragen wird. Nun, ich kann euch sagen, dass kurdische Frauen kein Leben der „Emanzipation“ führen. Ihr erinnert euch vielleicht an die ausführliche Presseberichterstattung im letzten Jahr über einen Fall in Schweden, wo ein kurdischer Immigrant seine Tochter erschoss, weil sie sich einer arrangierten Heirat widersetzt und öffentlich über Frauenunterdrückung gesprochen hatte. Solche sogenannten „Ehrentötungen“ sind in Kurdistan nichts Ungewöhnliches – wie auch in vielen anderen Teilen der Welt. Das wurde auf dramatische Weise in dem Film *Yol* von Yilmaz Güney aus dem Jahre 1983 geschildert: Im Mittelpunkt steht die Ermordung einer Frau durch ihren Ehemann als Bestrafung für Ehebruch (wir veröffentlichten eine interessante Besprechung dieses Films in *Spartakist* Nr. 47, Juni 1983). Als KDP und PUK Ende der 90er-Jahre in Irakisch-Kurdistan unter US-Schutz de facto Staaten errichteten, taten sie nichts, um diese Praxis zu beenden; die KDP weigerte sich, auch nur ein formales Gesetz zu verabschieden, das „Ehrentötungen“ zum Verbrechen erklärt.

Etwas anderes, was in Güneys Film gezeigt wird – und das ganz üblich ist in Kurdistan –, ist ein junges Paar, das, um heiraten zu können, zur Flucht gezwungen ist, weil die Eltern nicht zustimmen; in dem Film wird das Paar von der Familie der Braut gejagt und umgebracht. Nach einer wissenschaftlichen Untersuchung über Kurden in der Türkei (wo die Familiengesetzgebung formal viel fortschrittlicher ist als in anderen Ländern des Nahen Ostens) wurde nur eine von vier Eheschließungen von dem Paar selbst vereinbart, und selbst in diesen Fällen war das Einverständnis der Familien oft eine Voraussetzung. Über 60 Prozent der befragten kurdischen Frauen gaben an, dass ihr Ehemann einen Brautpreis für sie hatte zahlen müssen und sie damit im Grunde ihrer Familie als bewegliches Eigentum abgekauft hatte.

Frauenunterdrückung hat ihre Wurzeln in der Klassengesellschaft, hauptsächlich durch die Institution der Familie. Selbst in den fortgeschrittensten bürgerlichen Gesellschaften kann nur der Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft die materielle Grundlage schaffen für die volle Emanzipation der Frauen in einer egalitären, internationalen sozialistischen Gesellschaft. Aber in den Ländern, in denen es nie eine bürgerliche Revolution gab – was in den muslimischen Ländern des Nahen Ostens der Fall ist –, ist die Frage der Frauenbefreiung buchstäblich eine Frage von Leben und Tod: ein Kampf für so grundlegende Bedürfnisse wie die Fähigkeit zu lesen und zu schreiben, Bildung, Abschaffung von Zwangsehen, Freiheit vom Schleier und von der erzwungenen Absonderung und Unterjochung, die er verkörpert.

Die Russische Revolution zeigte in der Praxis den Weg zur Befreiung nicht nur der Frauen, sondern aller Unterdrückten. Der Unterschied zwischen der Erfahrung in Russland 1917 und im Irak 1958/59 ist der, dass in Russland eine Partei existierte – Lenins Bolschewiki – mit der Fähigkeit, die Arbeiter zur Macht zu führen. Das ist der zentrale Punkt meines heutigen Vortrags. Was notwendig ist – zur Befreiung nicht nur der Kurden, sondern aller Unterdrückten –, ist die Schmiedung revolutionärer Parteien der Arbeiterklasse nach dem Vorbild der bolschewistischen Partei, im Nahen Osten und auf der ganzen Welt. Das ist die Aufgabe, die zu erfüllen sich die Internationale Kommunistische Liga verpflichtet hat. ■

Veranstaltungen der Spartakist-Jugend

Berlin

Die Lüge vom „Tod des Kommunismus“

Dienstag, 20. Januar 2004, 18.30 Uhr

Weg mit dem rassistischen Kopftuchverbot!

Dienstag, 10. Februar 2004, 18.30 Uhr

Treff: Humboldt-Universität
Seminargebäude am Hegelplatz, Raum 208
Kontakt: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg

Verteidigt China, Vietnam, Nordkorea und Kuba gegen kapitalistische Konterrevolution!

Für proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie!

Donnerstag, 29. Januar 2004, 18.30 Uhr

Treff: Universität Hamburg
vor dem Pferdestall, Allendeplatz 1
Kontakt: (0 40) 32 36 44

Agenda 2010...

Fortsetzung von Seite 1

gegen den Krieg auf. Dabei wurde, wie bei der Bundestagswahl, die verständliche Kriegsangst von breiten Teilen der Bevölkerung manipuliert, um Unterstützung für die kapitalistische SPD/Grünen-Regierung zu mobilisieren. Stellt euch vor, am 14. März hätte sich ein Proteststreik auch gegen die Agenda 2010 gerichtet, wir würden uns in einer ganz anderen Lage befinden. Doch eine solche Aktion hätte einen deutlichen Bruch mit der Politik der Klassenzusammenarbeit von SPD und PDS und ihren pseudolinken Anhängseln vorausgesetzt. Stattdessen wurde auf zahlreichen Friedensdemonstrationen die „Einheit“ mit dem „kleineren Übel“ gegen „Bushs Krieg“ gepredigt. Obwohl die SAV mit „Keine Anbiederung an SPD und Grüne, die selber Kriegsparteien sind“, etwas links klang, sollten sich ihre Anti-Kriegs-Komitees nicht gegen die Ursache des Krieges wenden: „Das bedeutet nicht, dass Anti-Kriegs-Bündnisse ein antikapitalistisches Programm annehmen sollten.“ Die SAV-Anti-Kriegs-Komitees waren ein Hindernis für die Entwicklung von sozialistischem Bewusstsein und nicht im Widerspruch dazu, Schröder gegen „Bushs Krieg“ den Rücken zu stärken. Gabi Zimmer, damalige PDS-Vorsitzende, versicherte Schröder „Respekt im Auftreten gegen die Bush-Administration“, eine offene Unterstützung der deutschen imperialistischen Regierung. Trotz der führenden Rolle der PDS bei der Zerschlagung der sozialen Einrichtungen in Berlin rief der Rattenschwanz der linksreformistischen Gruppen, wie die SAV, zur Wahl der PDS im Herbst 2002 auf. Dagegen bestehen wir Spartakisten darauf, dass die Arbeiter keine gemeinsamen Interessen mit der herrschenden Kapitalistenklasse haben. Die Zustimmung der SPD zu den Kriegskrediten 1914 ermöglichte das massenhafte Abschichten von Arbeitern und anderen Unterdrückten in den Schützengräben des imperialistischen Ersten Weltkriegs. Die SPD verfügte weiterhin über eine massenhafte Arbeiterbasis, doch ihre Führung hatte sich in erbitterte Verteidiger der bürgerlichen Ordnung verwandelt. In Lenins Worten: eine bürgerliche Arbeiterpartei. Wir fordern: Nieder mit der imperialistischen Besetzung des Irak! Für Klassenkampf gegen die SPD/Grünen-Regierung!

Die Agenda 2010 ist der größte Angriff auf soziale Errungenschaften der Arbeiterklasse seit der Zerstörung des vergesellschafteten Eigentums in der DDR, dem entscheidenden Auslöser für die Massenarbeitslosigkeit, durch die

kapitalistische Wiedervereinigung 1990. Die Zerstörung der deformierten Arbeiterstaaten, d.h. Staaten mit vergesellschafteten proletarischen Eigentumsformen und einem bürokratischen politischen Regime, durch die kapitalistische Konterrevolution führte zu massenhafter Verelendung, nationalistischen Kriegen und setzte eine neue Runde imperialistischer Rivalitäten um die Aufteilung der Märkte in Gang. Die deutsche Bourgeoisie sieht die sozialen Errungenschaften, die ihr in Zeiten des Kalten Krieges abgetrotzt wurden, zunehmend als ein Hindernis für ihre Konkurrenz mit den imperialistischen Rivalen im Kampf um die Aufteilung der weltweiten Rohstoffe und Einflusssphären. Es war die SPD/Grünen-Regierung, die 1999 zum ersten Mal, seitdem das Naziregime durch die Rote Armee zerschlagen wurde, die Armee des deutschen Imperialismus in den Krieg führte. Jetzt steht die Bundeswehr als blutige Besatzungsmacht auf dem Balkan. Keinen Mann und keinen Pfennig für die Bundeswehr! Bundeswehr raus aus dem Balkan und Afghanistan!

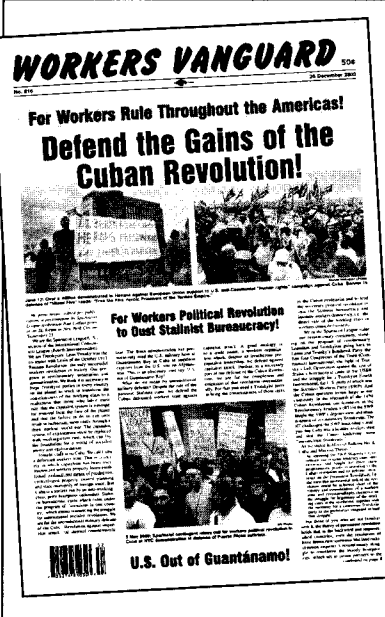
Volle Staatsbürgerrechte für Immigranten

Die Agenda 2010 richtet sich besonders gegen Arbeitslose, Alte, Kranke, Frauen und Immigranten. Mehr als 4 Millionen Arbeitslose sollen durch „Hartz IV“ auf das Niveau der Sozialhilfe, monatlich 300 Euro, herabgedrückt werden. In der *metall* (Dezember 2003) bezeichnete Günter Burkhardt von Pro Asyl „Hartz IV“ als „Form von staatlicher Diskriminierung“. Nach einer Studie des DGB-Referats zur Migrationspolitik vom 21. Oktober haben künftig „arbeitslos gewordene ausländische Staatsangehörige mit einer besonderen oder beschränkten Arbeitserlaubnis“ keinen Anspruch mehr, „da sie keinen uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt besitzen“. Weiter heißt es: „Künftig besteht kein Anspruch auf eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis bei Bezug von Leistungen aus diesem Gesetz.“ Dieser Zynismus der Hartz-Regelungen bedeutet, dass man erst die Arbeit, dann das Arbeitslosengeld verweigert, womit den Betroffenen die Abschiebung droht. Die DGB-Studie weist auch darauf hin, dass besonders auch ältere eingewanderte Arbeiter, die trotz jahrelanger Beitragszahlungen Umstrukturierungen zum Opfer fielen, bedroht sind. Vom Bezug des Arbeitslosengeldes II sind auch Asylsuchende und Bürgerkriegsflüchtlinge ausgeschlossen, dies betrifft etwa 300 000 Immigranten. Der Sprecher von Pro Asyl wies auf die drastischen Verschlechterungen der Hartz-Regelungen auch für deutsche und EU-Arbeitslose hin: „Wir stehen vor einem gnadenlosen Verdrängungs-Wettbewerb, bei dem Migranten aus Nicht-EU-Staaten, vor allem Flüchtlinge, die Verlierer sein werden.“ Hartz will die Verzweiflung Arbeitsloser, die gezwungen werden jeden Job anzunehmen, dazu verwenden, die Tarifverträge der organisierten Arbeiter zu brechen. Doch in den großen Industriebetrieben stellen eingewanderte Arbeiter einen mächtigen strategischen Teil der deutschen Arbeiterklasse dar. Eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei, die den Kampf der Arbeiter gegen die Auswirkungen der Agenda 2010 mit dem Kampf für volle Staatsbürgerrechte für alle, die es hierher geschafft haben, verbindet, kann eine mächtige Kraft gegen die kapitalistische Regierung ins Feld führen.

Hartz für Kinder, Küche, Kirche

Die *Frankfurter Rundschau* (17. Oktober 2003) berichtete: „Dass beim Arbeitslosengeld II das Partnereinkommen angerechnet wird, hat zur Folge, dass zumeist Frauen aus dem Leistungsbezug fallen werden... Sie wird dann vom Partner finanziell abhängig.“ Wenn es weder Leistungen noch Stellen gibt, dann kann sich jeder ausrechnen, welches Schicksal diese arbeitslosen Frauen erwartet. Hier wird auch

Fortgesetzt auf Seite 18



WORKERS VANGUARD
For Workers Rule Throughout the Americas!
Defend the Gains of the Cuban Revolution!

For Workers Political Revolution to Oust Stalinist Bureaucracy!

U.S. Out of Guantánamo!

Abonniere jetzt!

Workers Vanguard zweiwöchentliche Zeitung der Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl. *Spartacist* (englische Ausgabe) und *Black History*

Luftpost € 25,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

Agenda 2010...

Fortsetzung von Seite 17

der Osten wieder besonders hart getroffen, wo es bis zur Konterrevolution eine hoch qualifizierte Vollbeschäftigung von Frauen gegeben hat und heute noch weniger Geld als im Westen für Kindertagesstätten und andere Einrichtungen zur Verfügung steht. In Hamburg hat der gestürzte Senat die Kitas eingespart und zynisch Gutscheine für nicht-existente Kita-Plätze an die Frauen verteilt. Frauen können oft auch dann keinen Kita-Platz bekommen, wenn sie einen Job nachweisen können. Arbeitslose Frauen sollen ganz aus dem Berufsleben verdrängt werden und eine billige Arbeitskräftenreserve bilden, die in Zeiten von Boom oder Krieg mobilisiert werden kann. 1938 schrieb der russische Revolutionär Trotzki im *Übergangsprogramm*: „Es ist Zeit, gegen die Arbeitslosigkeit, sowohl gegen die ‚strukturelle‘ als auch die ‚konjunkturelle‘, mit der Forderung nach öffentlichen Arbeitsprojekten und einer *gleitenden Arbeitszeit* vorzugehen. Die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen müssen die Arbeiter und die Arbeitslosen in der *Solidarität einer gegenseitigen Verantwortlichkeit* verbinden.“ Für die Aufteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich! Wir fordern kostenlose Kinderbetreuung rund um die Uhr! Für kostenlose hochwertige Gesundheitsversorgung! Für Frauenbefreiung durch proletarische Revolution!

Die Bürokraten machen den Weg frei für Agenda 2010

In der Metall-Tarifrunde 2004 fordern die Bosse unverschämte eine Verlängerung der Arbeitszeit. Dieser neuerliche Angriff ist ein Ergebnis des veränderten Kräfteverhältnisses durch den verratenen Streik der Metaller im Osten um die längst überfällige Angleichung an die 35-Stunden-Woche, den Zwickel, Peters und Huber für verloren erklärten, sobald er sich auf die wichtigen Betriebe der Autoindustrie im Westen auswirkte. Dieser Streik begann sich zu einer bedeutenden Klassenauseinandersetzung zu entwickeln, als zahlreiche Arbeiter aus kampfstarken Betrieben im Westen, wie dem Volkswagenwerk Salzgitter, den Arbeitern in Eisenach und Magdeburg zu Hilfe kamen. Empört heißt es in einem Offenen Brief von Kollegen und Vertrauensleuten von EKO Stahl aus Eisenhüttenstadt an Zwickel vom 30. Juni 2003: „Der Streik begann doch erst gerade zu wirken, indem die Bänder bei BMW und VW angehalten werden mussten. Das ist doch Sinn und Zweck eines Streiks, dass er dem Kapital wehtut! ... Gleichzeitig wird mit diesem Entschluss versucht aus unserer Gewerkschaft einen zahnlosen Papiertiger zu machen, wir brauchen aber eine Gewerkschaft die kämpfen kann... Sollte es wirklich so sein, dass Dir das sozialdemokratische Hemd näher sitzt als der Arbeitsanzug der Kollegen, von denen Du gewählt worden bist?“ Der EKO-Vertrauensmann fügt am 13. Juli 2003 hinzu: „Wir fragen uns, ob eine Niederlage gewollt ist? Weil ist es etwa Zufall, dass der Streikabbruch einen Tag nach dem Treffen der Gewerkschaftsführer mit Kanzler Schröder erfolgte ...?“ Genau das ist der Punkt, mit dieser Niederlage wurde der Agenda 2010 der Weg geebnet. Die Betriebsratsführer in den Aufsichtsräten von Daimler und Opel spielten eine zentrale Rolle, um das Gift der reaktionären Standortlogik zu verbreiten und den kampfbereiten Arbeitern in den Rücken zu fallen. Wie die Gewerkschaftsbürokraten Peters, Huber und Bsirske sind sie Agenten der bürgerlichen Klasse in der Arbeiterbewegung.

Der Berliner SPD/PDS-Senat machte den Vorreiter für gewerkschaftsfeindliche Angriffe und Abschiebungen. Den Tarifvertrag im öffentlichen Dienst hat der mit Unterstützung der Pseudolinken gewählte „rot-rote“ Senat zerrissen.

Neu eingestellte Lehrer befinden sich in einem tariflosen Zustand. Konfrontiert mit der Wut der Kollegen klagt der Vorsitzende der GEW Berlin Ulrich Thöne, er wisse nicht, „... wie wir diesen ‚rot-roten‘ Senat ernsthaft erschrecken können“. Die GEW-Betriebsgruppe der Loschmidt-Oberschule weist diese Kapitulation wütend zurück: „Wir können uns an keinen, von der GEW organisierten Streik der Lehrer erinnern“ (Berliner Lehrerzeitung *blz*, November 2003). „Erschrecken“ wird wohl nicht reichen. Immer mehr Arbeitern wird klar, dass sie eine andere, klassenkämpferische Führung brauchen, um erfolgreich gegen die Bosse zu kämpfen.

Die anarcho-syndikalistische Freie ArbeiterInnen Union (FAU) setzt reines Nur-Gewerkschaftertum dagegen: „Peters scheint genau das erkannt zu haben, spricht vom ‚Kampf auf der Straße‘ und kehrt der SPD den Rücken zu ... er versucht die IG Metall zu retten“ (*Direkte Aktion*, November/Dezember 2003). Die FAU versucht den guten Ruf der Gewerkschaftsbürokratie zu retten – Peters vertritt die Interessen der Gewerkschaftsbürokratie, die selbst ein Interesse an der Aufrechterhaltung des Kapitalismus hat, weil dieser ihre Privilegien sichert und ihre Führer öfter kapitalistische Minister und Manager werden. Peters hat die Aushöhlung des Tarifvertrages bei VW durch „5000 für 5000“ durchgesetzt und dadurch eine gefährliche Spaltung in die Belegschaft getragen und den Metallstreik Ost mit erdrosselt. Viele Arbeiter wenden sich voll Ekel von SPD und PDS als Regierungsparteien ab, ohne mit sozialdemokratischem Bewusstsein zu brechen. Gewerkschaften sind die ökonomische Einheitsfront der Arbeiter gegenüber den Kapitalisten und sie beruhen auf der breitest möglichen Einheit aller Arbeiter auf dem Minimalkonsens, sich gemeinsam gegen die Bosse zur Wehr zu setzen. Auch militantes Gewerkschaftertum stellt nicht den bürgerlichen Staatsapparat in Frage, oft haben militante Arbeiter ihre Stimme reformistischen Parteien gegeben und wurden so um die Früchte ihres ökonomischen Kampfes betrogen.

In ihrem Aufruf zur Demo am 1. November schrieb die FAU Berlin: „Die gesetzlichen Regelungen zugunsten der ArbeiterInnen werden Stück für Stück abgeschafft. Die real existierenden, staatstragenden Gewerkschaften sind weder in der Lage, dies, noch die Umwandlung bisher tariflich abgesicherter Arbeitsverhältnisse in ungeschützte Jobs zu verhindern.“ Doch warum ist dies so? Weil die Gewerkschaftsbürokratie mit tausend Fäden mit der Sozialdemokratie, die den bürgerlichen Staat verwaltet, verbunden ist.

Spartakist-Veranstaltung

Warum wir China verteidigen

**Verteidigt die Errungenschaften der
Chinesischen Revolution von 1949
und weitet sie aus!**

**Für proletarisch-politische Revolution
zum Sturz der stalinistischen Bürokratie!**

Samstag, 31. Januar 2004, 16 Uhr

Ort wird bekannt gegeben

Kontakt: 030 / 4 43 94 00



Spartakist

Berlin, Juni 2002: Spartakist-Jugend mobilisiert Studierende zur Unterstützung des Streiks der IG Metall

Die Antwort der FAU: „Basisgewerkschaften aufbauen – und damit die Lohnarbeit abschaffen“, ist doppelt falsch: Die Abschaffung der Lohnarbeit setzt eine entwickelte sozialistische Gesellschaft voraus, und diese wird man nicht errichten, wenn man die etablierten Massengewerkschaften den sozialdemokratischen Bürokraten überlässt. Notwendig ist der Kampf um die Staatsmacht des Proletariats, und um diesen zu organisieren, brauchen wir eine revolutionäre Partei, die in den Arbeitermassenorganisationen, die in den Kernbereichen der Industrie verankert sind, um die Führung kämpft. Im Gegensatz zu den Syndikalisten, die die Klasse, wie sie eben ist, über die Partei erheben, wollen wir Kommunisten in den Gewerkschaften, nicht Gewerkschafter in der Partei. Um diesen Kampf zu führen, müssen proletarische Kader über gutes Verständnis der Geschichte und Theorie der marxistischen Bewegung verfügen. Sie müssen einer leninistischen Avantgardepartei angehören, deren Analysen und Programm die Interessen der internationalen Arbeiterklasse verkörpern, über alle Schichten- bzw. Teilinteressen hinaus.

Linksreformistische Organisationen wie die SAV, die als alternative Führung posieren, propagieren einen eintägigen Generalstreik. Natürlich wäre ein machtvoller Proteststreik gegen die SPD/Grünen-Regierung zu begrüßen. Aber nicht um Dampf abzulassen, sondern um das Bewusstsein und die revolutionäre Organisation der fortgeschrittensten Arbeiter voranzutreiben.

Eintägige Proteststreiks wurden in Österreich und Frankreich von den sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokraten gegen konservative Regierungen geführt, die ganz ähnliche arbeiterfeindliche Sparprogramme durchsetzten wie Schröder. Der Gewerkschaftsbürokratie, die zum Streik aufrief, ging es in diesen Fällen darum, die sozialdemokratischen Arbeiterverräter wieder an die Regierung zu bringen. Deshalb wurde der angekündigte Sozialabbau nicht verhindert. Wie auch, stimmten die Sozialdemokraten doch darin überein, dass die Arbeiter den Gürtel enger schnallen müssen, und nachdem Dampf abgelassen wurde, wurde der Generalstreik sang- und klanglos beendet. Wichtigstes Ergebnis: Die Linken, die vorher die Sozialdemokraten scharf kritisierten, reichten sich brav wieder in die Einheit gegen Rechts ein. Und so sieht das Programm der SAV in der Praxis aus.

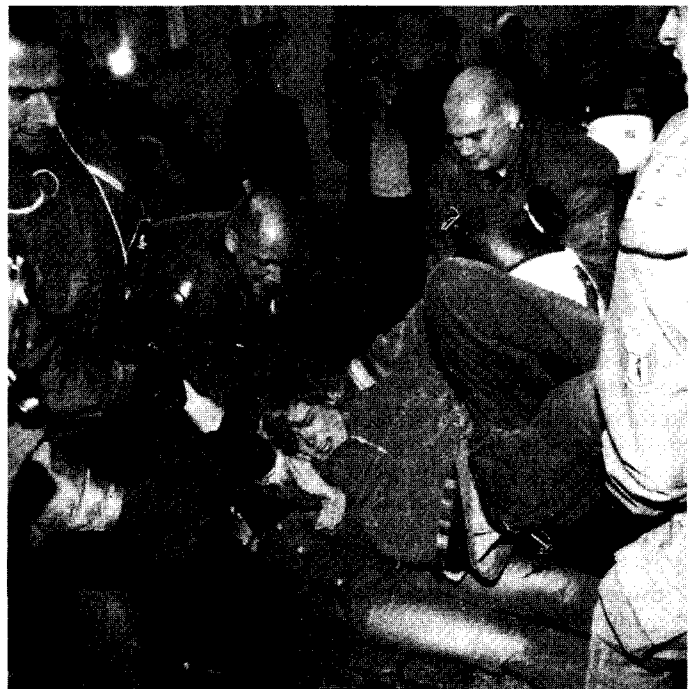
Tatsächlich versucht die SAV das Bewusstsein kämpferi-

scher Arbeiter und Jugendlicher zurückzuzerren. Auf der Website der SAV (22. November 2003) jubelt Holger Dröge über eine „der größten Demonstrationen von PolizistInnen in der Geschichte Niedersachsens“. Auf der Titelseite der SAV-Zeitung *Solidarität* von November 2003 prangt prominent ein Bullenzitat unter dem Aufruf „Für einen eintägigen Generalstreik“. Timo Schott setzt noch eins drauf und zitiert in einem Artikel (SAV-Website, 11. Oktober 2003) einen Aufruf der hessischen Bullen „gewerkschaft“, wo diese mit „Generalstreik“ droht. Die Botschaft ist deutlich: Der Gleichschritt mit den Bullen soll der Bourgeoisie garantieren, dass die SAV-Generalstreiks-Losung nicht die Grenzen der bürgerlichen Ordnung verletzt, und dient als Nachweis ihrer Respektabilität. Die letzten Ausgaben der *Solidarität* sind voll des Lobes für die „Gewerkschaft“ der Polizei, die für die SAV in der vordersten Front des Kampfes steht. Wie jeder wissen sollte, ist dies nicht gerade eine gute Nachricht: Brutale Angriffe auf die streikenden Hafendarbeiter in Rotterdam, unzählige blutige Angriffe auf Bambule-Demos in Hamburg, Räumung von besetzten Ungebäuden, Abschiebungen... Der Punkt ist: Die Polizei steht auf der anderen Seite der Klassenlinie. Polizei, Gerichte und Gefängnisse sind der bewaffnete

Arm der herrschenden Kapitalistenklasse zum Schutze ihres Eigentums gegen die Unterdrückten. Die herrschende Klasse wird die Truppen, die ihr Eigentum gegen die Unterdrückten verteidigen, stets mit dem Nötigen versorgen. Die Arbeiterbewegung hat das gegenteilige Interesse. Polizei raus aus dem DGB!

Darüber hinaus ist Rassismus die Hauptwaffe der Kapitalistenklasse, um die multiethnische Arbeiterklasse zu spalten und ihre Angriffe durchzusetzen. Die Hochjubelung der Polizei durch die SAV ist dem lebensnotwendigen Kampf für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten und der Verteidigung gegen Schilys rassistischen Staatsterror, den die Bullen tagtäglich umsetzen, direkt entgegengesetzt. Hieran wird auch deutlich, dass die rechtsstaatlich biedere „Neue Arbeiterpartei“ der SAV mit dem Kampf für eine revolutionäre Mobilisierung der Arbeiterklasse absolut

Fortgesetzt auf Seite 20



Tobias Schwarz / RKR

Bullen räumen Studentenbesetzung des Büros von Sarrazin, Finanzsenator des Berliner SPD/PDS-Senats

Agenda 2010...

Fortsetzung von Seite 19

nichts zu tun hat.

Die Gier der Bosse geht weiter: BDI-Präsident Rogowski wünscht sich „ein großes Lagerfeuer, um das Betriebsverfassungsgesetz und die Tarifverträge hinein zu werfen“. Das bringt selbst biedere Betriebsräte in Rage: „Werden Tarifabweichungen auf die Betriebe verlagert, fordere ich als Betriebsrat das Streikrecht“, erklärte der Vize-Vorsitzende des DaimlerChrysler-Betriebsrats Stefan Schwab (*metall*, Dezember 2003). Worauf wartet der noch? Der alte sozialdemokratische Deal: „Mitbestimmung“ statt Streikrecht, zerbricht. Die imperialistische Konkurrenz zwingt die Kapitalisten die Ausbeutungsrate zu erhöhen und das ist nur durch Angriffe auf die erkämpften Tarife und die Gewerkschaften zu erreichen. So hat die IG BAU in Ostdeutschland einer Senkung des Mindestlohns zugestimmt (*Mitteldeutsche Zeitung*, 16. Oktober 2003). Damit soll der garantierte Stundenlohn für Facharbeiter nur noch 9,65 Euro betragen. Der Gewerkschaftsvorsitzende Wiesehügel sprach in diesem Zusammenhang von einem „wichtigen Signal“ für die EU-Osterweiterung. Das bedeutet wachsenden Rassismus gegen Arbeiter aus Osteuropa und weitere Lohnsenkungen für die Arbeiter im Westen.

Sieg der internationalen Hafentarbeiter gegen das Port Package

Ein kaum beachteter Sieg, der die Perspektive des internationalen Klassenkampfes aufzeigte, ist der gewonnene Kampf der Hafentarbeiter gegen das Port Package, den Versuch der Reeder, die Macht der Hafentarbeitergewerkschaften in Europa zu brechen und Seeleute mit Billiglöhnen für die Arbeit von Hafentarbeitern, d.h. Be- und Entladen der Schiffe, einzusetzen (siehe *Spartakist* Nr. 152, Herbst 2003, „Rotterdam: Polizei überfällt Protest gegen Port Package“).

Eine Allianz von gut organisierten Hafentarbeitern und einigen organisierten Seeleuten, die sich einig waren die Jobs und die Arbeit der Hafentarbeiter zu verteidigen, konfrontierte Reeder in diesem profitträchtigen wachsenden Industriezweig mit internationalem Klassenkampf und mit Streiks entlang der gesamten Küste von Spanien, Frankreich, Belgien und den Niederlanden. Am 19. November gab es Streikaktionen in etlichen europäischen Häfen und, als Zeichen internationaler Unterstützung, auch einen halbstündigen Streik der Hafentarbeitergewerkschaft ILWU an der Westküste der USA gegen das Port Package.

In einem Rundschreiben vom 20. November versucht die Ver.di-Bürokratie nun, den Sieg der Hafentarbeiter in Wahlunterstützung für die sozialdemokratischen Parteien, die sie verschämt als „positive Kräfte“ umschreibt, umzumünzen: „Die massiven Proteste der europäischen Hafentarbeiter gegen diese Richtlinie und die positiven Kräfte im Europäischen Parlament haben dies bewirkt. Das sollten wir bei den bevorstehenden Europa-Wahlen bedenken und entsprechend handeln.“ Von einer Unterstützung der Sozialdemokratie, ob SPD oder PDS, im Parlament haben aber viele Arbeiter zu Recht die Nase voll. Die Interessen der Arbeiter sind gerichtet gegen den Chauvinismus, wie er von SPD und PDS und ihren Helfern aus der Gewerkschaftsbürokratie in der Arbeiterklasse vorangetrieben wird. Der Schlüssel war der gemeinsame internationale Klassenkampf, der es den Bossen unmöglich machte, ihre Schiffe umzuleiten und verschiedene Häfen gegeneinander auszuspielen. Wir kämpfen für die Organisation der Unorganisierten! Die Aktionen der Internationalen Transportarbeiterföderation (ITF) zur Verteidigung des Mindestlohnes der Seeleute müssen von den Hafentarbeitergewerkschaften



Thomas Imo / Phalanx

SPD/Grüne setzen Bundeswehr in Afghanistan ein. Krieg begleitet Angriffe auf Arbeiter zu Hause

zu einem systematischen Kampf für die Organisation der Seeleute ausgeweitet werden.

In *Lohn, Preis und Profit* erklärte Karl Marx:

„Gleichzeitig, und ganz unabhängig von der allgemeinen Fron, die das Lohnsystem einschließt, sollte die Arbeiterklasse die endgültige Wirksamkeit dieser tagtäglichen Kämpfe nicht überschätzen. Sie sollte nicht vergessen, dass sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen; dass sie zwar die Abwärtsbewegung verlangsamt, nicht aber ihre Richtung ändert... Statt des konservativen Mottos: *„Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!“*, sollte sie auf ihr Banner die revolutionäre Losung schreiben: *„Nieder mit dem Lohnsystem!“*“

Diese kapitalistische Gesellschaft hat Arbeitern, Jugendlichen und Frauen nichts zu bieten als weitere Ausbeutung und Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Die tolle Jagd nach Profiten und Marktanteilen wird blutige Katastrophen und Kriege auslösen. Kein Wunder, dass die Kapitalisten Millionen dafür ausgeben, die Unterdrückten vom „Tod des Kommunismus“ zu überzeugen. Stalinistische Ex-Bürokraten haben erst die Arbeiterstaaten und das vergesellschaftete Eigentum verkauft und sich dann selbst als Kronzeugen gegen den Kommunismus zur Verfügung gestellt. Wir Spartakisten haben 1990 gegen die kapitalistische Konterrevolution für ein rotes Rätedeutschland gekämpft. Heute kämpfen wir gegen die sich entwickelnde Konterrevolution in China, die die chinesischen Massen in unbeschreibliches Elend zurückwerfen und China zum Beuteobjekt der Imperialisten machen würde. Wir kämpfen für eine politische Revolution der Arbeiter gegen die stalinistische Bürokratie. Nur eine sozialistische Planwirtschaft, in der die Arbeiter die Produktionsmittel besitzen, ist die Basis für die gleiche und freie Entwicklung aller. Die Sozialdemokratie (SPD und PDS) ist das historische Hindernis für eine proletarische Revolution in Deutschland, da sie die Arbeiter und Unterdrückten an die Bourgeoisie bindet. SPD und PDS sind bürgerliche Arbeiterparteien, bestehend aus einer proletarischen Basis, aber einer prokapitalistischen Führung. Wir kämpfen dafür, die Arbeiter von dieser Führung zu brechen. Wir brauchen eine multiethnische revolutionäre Arbeiterpartei! Eine solche Partei kann die Arbeiterklasse an die Macht führen, wie es die Bolschewiki in der Oktoberrevolution 1917 taten. Schließt euch uns an! ■

China...

Fortsetzung von Seite 28

nationalistischen Kräften. Nach dem Muster der stalinistischen Bürokratie, die in der UdSSR die politische Macht des Proletariats an sich gerissen hatte, predigte Maos Regime die zutiefst antimarxistische Vorstellung, dass der Sozialismus – eine klassenlose, egalitäre Gesellschaft auf der Grundlage materiellen Überflusses – in einem einzelnen Land errichtet werden könne. In der Praxis bedeutete „Sozialismus in einem Land“ in China, wie in der UdSSR Stalins und seiner Erben, die Ablehnung der Perspektive von internationalen Arbeiterrevolutionen und die Annäherung an den Weltimperialismus.

Insbesondere hat Chinas Bündnis mit dem amerikanischen Imperialismus *gegen* die Sowjetunion – unter Mao Anfang der 70er-Jahre begonnen und von seinem Nachfolger Deng Xiaoping fortgeführt – beigetragen zur späteren Zerstörung der UdSSR durch kapitalistische Konterrevolution in den Jahren 1991/92. Dies war eine historische Niederlage für die internationale Arbeiterklasse und die unterdrückten Völker der ganzen Welt. Die nachsowjetische Ära ist gekennzeichnet durch zunehmenden wirtschaftlichen, politischen und militärischen Druck des Weltimperialismus, insbesondere des amerikanischen, auf China. So verfolgt das Pentagon eifrig Pläne für eine einsatzbereite atomare Erstschlagfähigkeit gegen Chinas kleines Atomwaffenarsenal, eine Strategie, die von der Bush-Gang in Washington offen verkündet wird.

Die Internationale Kommunistische Liga tritt für die bedingungslose militärische Verteidigung des chinesischen deformierten Arbeiterstaates gegen imperialistischen Angriff und kapitalistische Konterrevolution ein. Die chinesische Arbeiterklasse muss die stalinistische Bürokratie hinwegfegen, die das System des nationalisierten Eigentums im Inneren ernsthaft geschwächt hat, während sie auf internationaler Ebene dem Imperialismus gegenüber versöhnlich auftritt. Wir treten für eine *proletarisch-politische Revolution* ein, um die politische Macht in die Hände von Arbeiter- und Bauernräten zu legen. Die dringende Aufgabe, vor der das chinesische Proletariat steht, ist der Aufbau einer leninistisch-trotzkistischen Partei als Teil der wiedergeschmiedeten Vierten Internationale, die diese politische Revolution vorbereitet und führt, die an der Spitze der arbeitenden Massen steht und die spontanen und örtlich begrenzten Kämpfe der Arbeiter auf die Ergreifung der politischen Macht ausrichtet.

Führt die KPCh den Kapitalismus in China wieder ein?

Seit das Deng-Regime in den frühen 80er-Jahren marktorientierte „Reformen“ begann, ist eine zunehmend einflussreichere Strömung der westlichen bürgerlichen öffentlichen Meinung der Ansicht, dass die Kommunistische Partei selbst schrittweise den Kapitalismus in China wieder einführt, während sie gleichzeitig mit harter Hand an der politischen Macht festhält. Dieser Standpunkt wurde im letzten Jahr in breiten Kreisen lärmend herausposaunt, als der 16. Kongress der KPCh die Parteimitgliedschaft für kapitalistische Unternehmer zuließ. „China kehrt dem Kommunismus den Rücken, um am Langen Marsch der Kapitalisten teilzunehmen“, war eine typische Schlagzeile in der westlichen Presse, in diesem Fall aus dem Londoner *Guardian* (9. November 2002).

In Wirklichkeit führte dieser Kongress keine bedeutende Änderung ein, weder bei der sozialen Zusammensetzung der KPCh, die immerhin 66 Millionen Mitglieder hat, noch bei ihrer geltenden Ideologie. Nach einer offiziellen Untersuchung sind von Chinas über 2 Millionen privaten Geschäftsbesitzern 600 000 Parteimitglieder und das schon einige

Zeit. Die überwiegende Mehrheit davon waren altgediente Verwaltungskader der KPCh, die Leiter der kleinen staatlichen Unternehmen, die sich die Betriebe aneigneten, als diese in den letzten Jahren privatisiert wurden.

Einige Gruppen, die fälschlicherweise behaupten trotzkistisch zu sein, haben sich die mittlerweile in westlichen bürgerlichen Kreisen gängige Weisheit zueigen gemacht, dass der „kapitalistische Weg“ bei den Regierenden Chinas endgültig den Sieg davon getragen habe. In einem Kommentar zum 16. KPCh-Kongress schrieb die überwiegend auf Britannien konzentrierte Tendenz, die von Peter Taaffe geführt wird [in Deutschland SAV]: „China befindet sich auf dem Weg zu vollständiger kapitalistischer Restauration, doch die herrschende Clique versucht dies schrittweise und unter Aufrechterhaltung ihrer repressiven autoritären Herrschaft zustande zu bringen“ (*Socialist*, 22. November 2002). Indem die Taaffe-Anhänger Chinas Regierung als ein „autoritäres“ kapitalistisch-restaurationsistisches Regime bezeichnen, können sie und ihresgleichen die Unterstützung der vom Imperialismus gestützten antikommunistischen Kräfte in China im Namen der Förderung von „Demokratie“ rechtfertigen, genauso wie sie Boris Jelzins „demokratische“ Konterrevolution 1991 in der UdSSR unterstützt haben.

Wenn wir daran festhalten, dass China weiterhin ein bürokratisch deformierter Ausdruck proletarischer Staatsmacht ist, bestreiten oder verharmlosen wir nicht das wachsende soziale Gewicht, das in China sowohl die neu aufgetauchten kapitalistischen Unternehmer auf dem Festland als auch die alte, etablierte chinesische Offshore-Bourgeoisie in Taiwan und Hongkong besitzen. Manch ein Regierungs- und/oder Parteifunktionär hat einen Sohn, jüngeren Bruder, Neffen – oder, wie im Fall des chinesischen Präsidenten Hu Jintao, einen Schwiegersohn –, der ein privater Geschäftsmann ist.

Trotzdem basiert die politische Macht des Hauptteils der stalinistischen Beijing-Bürokratie weiterhin auf den kollektivierten Kernbereichen der chinesischen Wirtschaft. Darüber hinaus ist die Wirtschaftspolitik des KPCh-Regimes immer noch eingeschränkt durch die Angst vor sozialen – insbesondere von der Arbeiterklasse ausgehenden – Unruhen, die es stürzen könnten. Dies wäre 1989 fast geschehen, als ein vorwiegend studentischer Protest für politische Liberalisierung und gegen Korruption einen spontanen Arbeiteraufstand auslöste, der dann von regimetreuen Einheiten der Armee unter großem Blutvergießen niedergeschlagen wurde. (Für eine ausführliche Darstellung dieser beginnenden proletarisch-politischen Revolution siehe „Ten Years After Tiananmen – China: Fight Capitalist Restoration! For Workers Political Revolution!“ [Zehn Jahre nach Tiananmen – China: Bekämpft kapitalistische Restauration! Für politische Arbeiterrevolution!], *Workers Vanguard* Nr. 714/715, 28. Mai und 11. Juni 1999).

Eine kapitalistische Konterrevolution in China (wie in Osteuropa und der ehemaligen UdSSR) würde einhergehen mit dem Zusammenbruch des stalinistischen Bonapartismus und dem politischen Auseinanderbrechen der herrschenden Kommunistischen Partei. Die Wirtschaftspolitik des stalinistischen Beijing-Regimes, die kapitalistisches Unternehmertum fördert (und die entsprechenden rechtsgerichteten Verschiebungen in der offiziellen ideologischen Haltung der Bürokratie), hat zunehmend diejenigen sozialen Kräfte gestärkt, aus denen vom Imperialismus unterstützte, offen konterrevolutionäre Fraktionen und Parteien hervorgehen werden, wenn die KPCh ihr gegenwärtiges politisches Machtmonopol nicht mehr aufrechterhalten kann. Dies kann man derzeit deutlich in der kapitalistischen Enklave Hongkong beobachten, dem einzigen Teil der Volksrepublik, wo bürgerliche Oppositionsparteien existieren. Im letzten Sommer

Fortgesetzt auf Seite 22

China...

Fortsetzung von Seite 21

organisierte Hongkongs Demokratische Partei antikommunistische Massenmobilisierungen, die offen von der Bush-Regierung in Washington und deren Juniorpartner in London unterstützt wurden (siehe „Hong Kong: Expropriate the Bourgeoisie!“ [Hongkong: Enteignet die Bourgeoisie!], *Workers Vanguard* Nr. 814, 21. November 2003).

Sujian Guo, ein rechtsgerichteter emigrierter chinesischer Intellektueller in den Vereinigten Staaten, veröffentlichte einen interessanten Artikel im *Journal of Contemporary China* [Journal des zeitgenössischen Chinas] (August 2003), worin er der Ansicht nicht zustimmt, dass China bereits kapitalistisch geworden ist oder es schnell werden wird („The Ownership Reform in China: What Direction and How Far?“ [Die Eigentumsreform in China: welche Richtung und wie weit?]). Einem kurzen biografischen Abriss zufolge war Guo ein „ehemaliger Politikanalytiker am Partei-Zentralkomitee in China“. In Anbetracht seiner gegenwärtigen ideologischen Vorurteile spielt Guo das Wachstum kapitalistischer Elemente in Chinas Wirtschaft herunter und schreibt den obersten KPCh-Führern einen dauerhaften Glauben an den Sozialismus zu, zumindest auf historisch lange Sicht. Doch dieser antikommunistische Befürworter des „freien Marktes“ hat eine grundlegende Wahrheit begriffen, die den meisten Linken, einschließlich selbst ernannter Marxisten, entgangen ist:

„Einen so riesigen Staatsbesitz *innerhalb des Rahmens des bestehenden politischen Systems und der bestehenden politischen Struktur* zu privatisieren ist wirklich problematisch und technisch nicht durchführbar. Die Erfahrung anderer ehemals kommunistischer Länder hat gezeigt, dass es keinen einzigen Fall erfolgreich durchgeführter Privatisierung gab, bei dem die kommunistische Partei an der Macht und ihr politisches System intakt blieb.“ [Hervorhebung im Original]

Auch die Führer der KPCh beobachteten, was in den osteuropäischen „Volksdemokratien“ und der ehemaligen UdSSR in den späten 80er- und frühen 90er-Jahren geschah, zogen ihre eigenen Schlüsse daraus und handelten danach. Sie zogen auch einige Lehren aus dem Tiananmen-Aufstand von 1989, der sie zu stürzen drohte. Sie waren dazu entschlossen, keine politische Liberalisierung zuzulassen, nicht einmal auf der akademischen/intellektuellen Ebene. Das Regime von Jiang Zemin, Nachfolger Dengs, als dieser 1997 starb, schaffte es, in einer von jeher innerlich ziemlich zerrissenen herrschenden stalinistischen Partei jegliche organisierte innerparteiliche Opposition zu unterbinden. Es scheint auf dem Festland keine bedeutende abweichende Bewegung oder ein solches Umfeld zu geben, sei es rechts oder links von der zentralen KPCh-Führung.

Die jüngste Illusion des chinesischen Stalinismus

Chinas hohe Wachstumsraten in den vergangenen Jahren – noch dazu inmitten einer allgemeinen, weltweiten kapitalistischen Rezession – sorgten für eine gewisse Siegesstimmung bei KPCh-Führung und -Kadern und der mit ihnen verbundenen Intelligenz. Gewiss würde man bei den Millionen aus Staatsbetrieben entlassenen Arbeitern, verelendeten Wanderarbeitern vom Lande und armen Bauern, die sich von ihrem winzigen Stück Land mit primitiver Ausrüstung kaum ihren Lebensunterhalt erwirtschaften können, eine ganz andere Stimmung antreffen. Aber unter chinesischen Intellektuellen, die die Ansichten der politischen Hauptströmung vertreten, hört man zunehmend die Auffassung, dass ihr Land irgendwie einen Mittelweg gefunden hat zwischen der Anarchie des kapitalistischen „freien Marktes“



AP

Chinesischer Taikonaut Yang Liwei. Im Oktober 2003 schickte China als drittes Land der Welt einen Menschen ins All

und der Starrheit der stalinistischen „Kommandowirtschaft“ alter Prägung.

In ihren jungen Jahren vertraten Jiang Zemin, Hu Jintao und andere zweifellos die maoistisch-stalinistische Lehre, China könne durch seine eigenen Anstrengungen ohne Hilfe „den Sozialismus aufbauen“. Sie betrachten dies heute als eine Folge von „dogmatischem Denken“ und begreifen sich selbst als knallharte Realisten, die dem Rest der Welt so gegenüber treten und so mit ihm umgehen, wie er wirklich ist. Doch Jiang, Hu und ihresgleichen sind von einem Größenwahn besessen, der die wildesten Fantasien des Vorsitzenden Mao noch übertrifft.

Die gegenwärtigen KPCh-Führer glauben, sie könnten China durch immer stärkere Integration in die kapitalistische Weltwirtschaft modernisieren und in eine Weltgroßmacht – die globale Supermacht des 21. Jahrhunderts – verwandeln. Sie glauben wirklich, sie könnten die Citibank, die Deutsche Bank und die Bank von Tokio-Mitsubishi so steuern und beeinflussen, dass sie China zu einem Aufstieg verhelfen, der es ihm ermöglicht, in einer oder zwei Generationen die Vereinigten Staaten, Deutschland und Japan zu überflügeln. In ihrem Glauben, sie würden China in eine globale Supermacht verwandeln, bereiten sie in Wirklichkeit die Rückkehr Chinas in die vorrevolutionäre Ära ungehinderter imperialistischer Unterjochung vor.

Das zunehmende imperialistische Säbelrasseln gegenüber China seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist Beweis genug dafür, dass die Bourgeoisien der Welt den Großmachtbestrebungen der Beijing-Bürokratie nicht ruhig zusehen werden. Im letzten Jahrzehnt hat das Pentagon einen bedeutenden Teil seiner Streitkräfte wieder im Pazifikraum stationiert und ist mit Plänen für ein Raketenabwehrsystem in Asien („theater missile defense“) vorgeprescht. Mit ihrem Eindringen in Afghanistan und Zentralasien wie auch mit einer erneuerten militärischen Präsenz auf den Philippinen und anderswo haben die Vereinigten Staaten ihre militärische Umzingelung Chinas verstärkt. Mit seiner

Unterstützung des von den USA geführten „Kriegs gegen den Terror“ hat Beijing den US-Imperialismus in dessen konterrevolutionärem Kreuzzug nur noch bestärkt. Die chinesische Führung nimmt auch an der Kampagne gegen das Atomwaffenprogramm Nordkoreas teil. Dies ist ein nationalistischer Verrat, der den chinesischen deformierten Arbeiterstaat selbst schwächt; eine kapitalistische Konterrevolution in Nordkorea würde nur die Kräfte der kapitalistischen Restauration, die China im Visier haben, ermutigen.

Gewiss, die herrschenden chinesischen Stalinisten stehen der militärischen Umklammerung durch die Vereinigten Staaten nicht einfach nur passiv gegenüber: Man denke nur an ihre energische Reaktion auf Washingtons Spionageflugzeug-Provokation vor zwei Jahren. Das KPCh-Regime hat auch amerikanischen Forderungen nach Einrichtung eines Wirtschaftsembargos gegen den nordkoreanischen deformierten Arbeiterstaat nicht Folge geleistet. Aber die stalinistische Illusion, es könne eine „friedliche Koexistenz“ mit dem Imperialismus geben, kann nur die Wachsamkeit der chinesischen Massen einschläfern und die Verteidigung ihres Arbeiterstaates untergraben.

Die Alternative zu einer blutigen, vom Imperialismus unterstützten Konterrevolution ist die proletarisch-politische Revolution. In den letzten Jahren gab es große und weit verbreitete Proteste der Bevölkerung und Arbeiterkämpfe, insbesondere wegen der Massenentlassungen in staatlichen Industrieunternehmen. Bis heute schaffte es das Regime, diese durch eine Kombination von Repression und Zugeständnissen auf dem Niveau lokaler wirtschaftlicher Kämpfe zu halten. Trotzdem ist China im Grunde eine *zutiefst instabile Gesellschaft*. Früher oder später werden die explosiven sozialen Spannungen die politische Struktur der herrschenden Bürokratenkaste zerschlagen. Und wenn dies geschieht, wird sich für das bevölkerungsreichste Land der Erde mit aller Härte die Schicksalsfrage stellen: proletarisch-politische Revolution, um den Weg zum Sozialismus zu öffnen, oder kapitalistische Versklavung und imperialistische Unterjochung.

Der Ausgang dieser folgenschweren Schlacht wird nicht nur für die arbeitenden Massen Chinas von größter Bedeutung sein, sondern für die der ganzen Welt. Wie die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion, so wird auch eine Restauration des Kapitalismus in China die Imperialisten ermutigen, gegen ihre eigenen Arbeiter und gegen die halbkolonialen Völker allerorts loszuschlagen. Sie würde auch Rivalitäten zwischen den Imperialisten, wer China ausbeuten darf, verstärken und so den Planeten einem neuen interimperialistischen Weltkrieg ein ganzes Stück näher bringen. Dies unterstreicht die Pflicht des internationalen Proletariats, zur Verteidigung der Errungenschaften der Chinesischen Revolution zu stehen. Andererseits würde eine politische Revolution, ausgeführt unter dem Banner des proletarischen Internationalismus, die Welt wirklich erschüttern.

Eine Regierung der Arbeiter- und Bauernräte würde die Hunderte Milliarden Dollar an Produktivvermögen, das chinesischen Kapitalisten – innerhalb und außerhalb der Volksrepublik – und westlichen und japanischen Investoren gehört, entschädigungslos enteignen. Sie würde eine zentral geplante und geleitete Wirtschaft – einschließlich eines staatlichen Außenhandelsmonopols – wieder einführen, die nicht bestimmt wird von der willkürlichen „Kommandogewalt“ einer geschlossenen Bürokratenkaste (die solche Katastrophen wie Maos „Großen Sprung“ erzeugt hat), sondern durch die breiteste proletarische Demokratie.

Solche Maßnahmen würden heftige imperialistische Feindschaft hervorrufen, sowohl militärisch als auch wirtschaftlich (z.B. ein Wirtschaftsembargo). Aber bei den Arbeitern und Unterdrückten in der ganzen Welt, auch in



Magnum

Maos antisowjetische Allianz mit dem US-Imperialismus, besiegelt durch ein Treffen mit Kriegsverbrecher Nixon 1972, trug dazu bei, imperialistischer Durchdringung Chinas die Tür zu öffnen

den imperialistischen Kernländern, würden sie auf enorme Sympathie und Solidarität treffen.

Erfüllt von den stalinistischen Predigten vom „Sozialismus in einem Lande“ mag selbst den linkesten chinesischen Arbeitern die Aussicht auf eine sozialistische Revolution in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern abwegig oder utopisch erscheinen. Aber eine proletarisch-politische Revolution in China würde das ideologische Klima vom „Tod des Kommunismus“, das von der Bourgeoisie seit der Zerstörung der Sowjetunion verbreitet wird, erschüttern. Sie würde die Arbeiter Japans, der treibenden industriellen Kraft Ostasiens, radikalisieren. Sie würde einen Kampf für die revolutionäre Wiedervereinigung Koreas entfachen – durch politische Revolution im belagerten Norden und sozialistische Revolution im Süden – und würde bei den Massen Südasiens, Indonesiens und der Philippinen ein Echo finden, die durch imperialistische Austeritätsmaßnahmen ausgeblutet sind. Sie würde die Werktätigen Russlands, die von einem Jahrzehnt kapitalistischer Verelendung zermalmt sind, wieder aufleben lassen.

Nur durch den Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft in der ganzen Welt, vor allem in den imperialistischen Zentren Nordamerika, Westeuropa und Japan, kann die allseitige Modernisierung Chinas im Rahmen eines sozialistischen Asiens erreicht werden. Um die notwendige Führung für das Proletariat in diesen Kämpfen bereitzustellen, ist die IKL bestrebt, Trotzki's Vierte Internationale wiederzuschmieden – die Weltpartei der sozialistischen Revolution.

Die kollektivierten Kernbestandteile von Chinas Wirtschaft

Die KPCh-Führung beschreibt China offiziell als eine „sozialistische Marktwirtschaft“. Es sind die „sozialistischen“ (d.h. kollektivierten) Seiten, die für die *positiven* wirtschaftlichen Entwicklungen in China in den letzten Jahren verantwortlich sind: die ungeheuere Ausweitung der Investitionen in die Infrastruktur (z.B. Städtebau, Kanäle, Eisenbahnen und das gigantische Drei-Schluchten-Damm-Projekt), die Fähigkeit Chinas, erfolgreich die ostasiatische Finanz- und Wirtschaftskrise von 1997/98 und danach eine allgemeine Rezession des Weltkapitalismus zu durchschiffen. Und es sind die marktbezogenen Seiten von Chinas Wirtschaft, die für die *negativen* Entwicklungen verantwortlich sind: die stetig größer werdende Kluft zwischen Arm

Fortgesetzt auf Seite 24

China...

Fortsetzung von Seite 23

und Reich, die Verelendung eines großen und wachsenden Teils der Bevölkerung, zehn Millionen von aus den staatlichen Betrieben entlassenen Arbeitern, die Armee mittelloser Wanderarbeiter in den Städten, die auf dem Land ihren Lebensunterhalt nicht mehr verdienen können.

Im heutigen China sind es die kollektivierten Kernbestandteile der Wirtschaft, die weiterhin beherrschend sind, wenn auch nicht in einer dauerhaften und stimmigen Art und Weise dank ständig wechselnder gegenseitiger Beeinflussung von widersprüchlichen institutionellen Vorgaben und der Regierungspolitik. Im Jahre 2001 erzielten die staatlichen Unternehmen und halbstaatlichen Aktiengesellschaften 57 Prozent des Bruttoproduktionswertes von Chinas Industrie (*China Statistical Yearbook* [2002]). Doch diese schlichte statistische Zahl verschleiern die *strategische Bedeutung* der staatlichen Industrie. Der private Sektor (einschließlich des Auslandseigentums) besteht zum größten Teil aus Fabriken, die Leichterzeugnisse mit arbeitsintensiven Methoden herstellen. Die Schwerindustrie, die Hightech-Bereiche, moderne Rüstungsproduktion sind überwiegend in staatlichen Unternehmen konzentriert. Dies sind die Betriebe, die es China ermöglicht haben, einen Menschen in den Weltraum zu schicken. Viel wichtiger noch, es ist die staatliche Industrie, die China in die Lage versetzt hat, ein Arsenal von Atomwaffen und Langstreckenraketen aufzubauen, um sich der Drohung eines atomaren Erstschlags durch die amerikanischen Imperialisten zu erwehren.

Alle wichtigen Banken in China sind im Staatsbesitz. Fast die gesamten Ersparnisse der Haushalte – schätzungsweise *eine Billion Dollar* – sind in den vier staatlichen Hauptbankensystemen deponiert. Regierungskontrolle über das Finanzsystem war entscheidend zur Aufrechterhaltung und Erweiterung der Produktion in der staatlichen Industrie und für die allgemeine Ausdehnung des staatlichen Sektors.

Zwischen 1998 und 2001 wuchsen die Staatsausgaben in China von *12 auf 20 Prozent* des Bruttoinlandsproduktes. Der größte und am schnellsten wachsende Bestandteil an den Regierungsausgaben waren die Investitionen für Infrastrukturmaßnahmen, die in diesen drei Jahren um *81 Prozent* zunahm. Darüber hinaus fand dies zu einer Zeit statt, als die gesamte kapitalistische Welt – einschließlich der wohlhabendsten Länder in Nordamerika und Westeuropa – *finanzpolitische Sparprogramme* verfolgte. Die geplanten Gesamtausgaben für die Errichtung eines Kanalsystems zur Bewässerung zwischen dem Jangtse-Fluss und dem Gelben Fluss im Norden belaufen sich auf 59 Milliarden Dollar. Weitere 49 Milliarden Dollar sollen ausgegeben werden, um die Strecken von Chinas staatlichem Eisenbahnnetz zu erweitern. Im Vergleich dazu beliefen sich ausländische Direktinvestitionen in China im letzten Jahr aus allen Quellen insgesamt auf 53 Milliarden Dollar.

Der anhaltende Staatsbesitz am Finanzsystem hat das Beijing-Regime bis heute in die Lage versetzt, den Fluss an Geldkapital aus und nach dem chinesischen Festland faktisch (wenn auch nicht vollständig) zu kontrollieren. Chinas Währung, der Yuan (auch Renminbi genannt) ist nicht frei konvertierbar; er wird (legal) nicht auf internationalen Währungsmärkten gehandelt. Die eingeschränkte Konvertibilität des Yuan hat China von den sprunghaften Bewegungen des Spekulationskapitals („hot money“), die regelmäßig die Wirtschaft der neokolonialen Länder von Lateinamerika bis Ostafrika zu Grunde richten, abgeschirmt.

Darüber hinaus hat das Beijing-Regime im letzten Jahr eine (in der Terminologie des „freien Marktes“) zunehmende Unterbewertung des Yuan bewirkt, zum großen Missfallen der amerikanischen, europäischen und japanischen

Kapitalisten. Ein zweitrangiges kapitalistisch-imperialistisches Land wie Britannien hätte den Wechselkurs seiner Währung auf den Weltmärkten nicht so unter Kontrolle halten können wie China. Innerhalb von Monaten, wenn nicht gar Wochen hätte spekulatives Geldkapital die City of London überschwemmt und hätte eine Aufwertung des Pfundes erzwungen, egal, was die Blair-Regierung gewollt oder getan hätte.

Es sind gerade die oben beschriebenen kollektivierten Kernbestandteile von Chinas Wirtschaft, die der Weltimperialismus beseitigen und demontieren will. Sein Endziel ist es, China in einen riesigen Ausbeuterbetrieb unter neokolonialem Joch zu verwandeln. Jonathan Anderson, der China-„Experte“ der Wall-Street-Investmentbank Goldman Sachs, erklärt: „Letztendlich wird China für den Rest der Welt zu einem Produktionszentrum von arbeitsintensiv hergestellten Billigprodukten. Entgegen gängigen Befürchtungen wird der Rest der Welt ein Produktionszentrum für kapitalintensiv hergestellte hochwertige Produkte für China“ (*Londoner Financial Times*, 25. Februar 2002). Der Mann von Goldman Sachs projiziert hier die Pläne der Wall Street für Chinas Zukunft auf die gegenwärtigen wirtschaftlichen Gegebenheiten dieses Landes.

Die Preisgabe des strengen Außenhandelsmonopols durch die Beijing-Bürokratie erleichtert allerdings die Pläne der Wall Street. Trotz ihres raschen Wachstums in den letzten Jahren ist die chinesische Wirtschaft rückständig, wenn man sie mit den zweitrangigen kapitalistisch-imperialistischen Mächten vergleicht. Es gibt zur Zeit in Beijing einen dramatischen Anstieg der Bautätigkeit, und buchstäblich an jeder Ecke sind Baukräne zu sehen. Aber, wie ein Genosse, der jüngst China besuchte, *Workers Vanguard* berichtete: „Die Bautrupps sind überall ziemlich groß und haben zur Bewegung des Erdreichs kaum mehr als Schubkarren und Spitzhacken. Einmal sah ich am Rande Beijings ungefähr 30 Leute am Bau einer ein Meter hohen Ziegelmauer arbeiten, mit zwei Pferdewagen voller Ziegelsteine.“

China steigert zwar weiterhin seine Exporte in die Vereinigten Staaten und andere westliche Länder im Rekordtempo, diese bestehen aber hauptsächlich aus geringwertigen, bei Niedriglöhnen hergestellten, Leichtprodukten und Konsumartikeln wie Kleidung, Spielwaren und Haushaltsgeräten. Wie Jonathan Anderson betont, wurde Chinas Zuwachs der Bruttoindustrieproduktion zwischen 1993 und 2002 – von 480 Milliarden auf 1300 Milliarden Dollar – nahezu vollständig wett gemacht von seinen wachsenden Bruttoeinkäufen an Industrieprodukten, d.h. Maschinen und Betriebsanlagen.

Mit der Wirtschaft der Vereinigten Staaten, Japans und Westeuropas kann die chinesische Industrie mit ihrer verhältnismäßig niedrigen Arbeitsproduktivität auf dem Weltmarkt nicht konkurrieren. Was Trotzki zur Widerlegung der stalinistischen Lehre vom „Sozialismus in einem Lande“ in der Sowjetunion schrieb, trifft voll und ganz auf das heutige China zu:

„Mit den Export- und Importziffern zeigt uns die kapitalistische Welt, dass sie außer der militärischen Intervention noch über andere Instrumente der Einwirkung verfügt. Da die Arbeitsproduktivität und die Produktivität des gesellschaftlichen Systems insgesamt unter Marktbedingungen durch das Verhältnis der Preise gemessen werden, besteht die nächste Gefahr für die Sowjetwirtschaft vielleicht weniger in einer militärischen Intervention als in einer Intervention billiger kapitalistischer Waren.“ (Trotzki, „Kritik des Programmentwurfs für die Kommunistische Internationale“, 28. Juni 1928, *Schriften* Bd. 3.2)

Die wichtigste Waffe, die ein national isolierter und wirtschaftlich relativ rückständiger Arbeiterstaat gegen das Ein-

dringen billiger Waren zur Verfügung hat, ist das staatliche Außenhandelsmonopol – d. h. strenge Kontrolle von Importen und Exporten durch die Regierung (für eine detaillierte Behandlung dieser Frage siehe „Workers Protests Shake China“ [Arbeiterproteste erschüttern China], Teil 2, *Workers Vanguard* Nr. 782, 31. Mai 2002). Doch die endgültige Antwort auf Chinas wirtschaftliche Rückständigkeit und der einzige Weg zu einer sozialistischen – d. h. klassenlosen, egalitären – Gesellschaft ist die sozialistische Weltrevolution und Chinas Integration in eine *international geplante Wirtschaft*.

Die Wirtschaftsstrategie der Imperialisten für die kapitalistische Restauration

Lasst uns das Programm weiterer wirtschaftlicher „Reformen“ in China ansehen, das die Repräsentanten und Sprecher des weltweiten, insbesondere des amerikanischen, Imperialismus vorschlagen. Dieses Programm wurde vor einigen Jahren in einem Gutachten der in Washington ansässigen Weltbank über China zusammengefasst: „Die wichtigste Empfehlung ist eine Änderung der Rolle der Regierung von einem Lenker und Produzenten zum Architekten eines eher sich selbst regulierenden und selbst angleichenden Systems.“

An erster Stelle steht die „Empfehlung“, die staatlichen Banken sollen den Verluste machenden staatlichen Unternehmen Kredite verweigern und den Profite machenden Unternehmen höhere Zinssätze und härtere Rückzahlungsbedingungen auferlegen. Solch eine Politik des „knappen Geldes“ durch Chinas Banken würde weitere Millionen Arbeiter auf die Straße werfen. Und sie würde einen Großteil von Chinas moderner, kapitalintensiver Produktionsgüterindustrie (z. B. Werkzeugmaschinen, schwere elektrische Ausrüstung, Landmaschinen und Baumaschinen) auf Dauer stilllegen.

Im Grunde wollen die westlichen und japanischen Kapitalisten Chinas staatliche Banken durch ihre eigenen ersetzen. Die Öffnung von Chinas Finanzsystem für ausländische Banken würde zu einem massiven Abfluss von Geldmitteln führen, da Chinas Banken nicht die höheren Renditen, die auf den internationalen Geldmärkten zu haben sind, bieten können. Ein Großteil des Mehrwerts, der in China erzeugt wird, würde in die Banken von Wall Street, der City of London, von Frankfurt und Tokio kanalisiert werden. Dieses Geld würde dazu benutzt werden, um Unternehmens- oder auch Regierungswertpapiere in den imperialistischen Staaten Amerikas, Europas und Japans zu kaufen. Die Ersparnisse von Chinas Industrie- und Landarbeitern würden buchstäblich dazu beitragen, die auf China gerichteten Atomraketen des Pentagon zu finanzieren! Nach Lage der Dinge ist die stalinistische Beijing-Bürokratie gerade im Begriff – und das ist ein wirkliches Verbrechen gegen das chinesische Volk –, mit ihren riesigen Devisenreserven US-Schatzbriefe zu kaufen, und hat versprochen, noch mehr davon zu erwerben.

In den vergangenen Jahren haben die Agenturen des imperialistischen Finanzkapitals, wie der Weltwährungsfonds, der chinesischen Regierung „empfohlen“, ihr Haushaltsdefizit zu verringern, indem sie hauptsächlich die Ausgaben für Infrastrukturmaßnahmen zurückfährt. Solch ein Schritt in Richtung finanzpolitischer Sparpolitik würde die Lebensgrundlage vieler der Ärmsten und Unterdrücktesten von Chinas Werktätigen zerstören. Der Städtebau in Shanghai, Beijing usw. beschäftigt vorwiegend Wanderarbeiter vom Lande. Die großen Binnenprojekte (Kanalbau, Eisenbahnbau) beschäftigen verarmte Bauern und länd-



Spartakist
Berlin, Januar 2003: Demo zu Ehren von Liebknecht, Lenin und Luxemburg. Spartakisten intervenieren zur Verteidigung von deformierten Arbeiterstaaten

liche Dorfbewohner. Das Zurückfahren solcher Projekte würde darüber hinaus Chinas wirtschaftliche Entwicklung *verlangsamen und umkehren*. Die Erweiterung des Eisenbahnnetzes zum Beispiel ist absolut notwendig, um die wohlhabenderen Küstenprovinzen wirtschaftlich mit den rückständigeren Regionen Zentral- und Westchinas zu verbinden.

In den letzten Monaten war die Hauptforderung der herrschenden Kreise Amerikas, Europas und Japans an die chinesische Regierung, den Yuan aufzuwerten. Durch eine Preiserhöhung von Chinas Industrieerzeugnissen auf den Weltmärkten würde ein solcher Schritt Chinas Export-

Fortgesetzt auf Seite 26

Bestellung über die Redaktionsadresse



Goh Chai Hen/AFP

Schröder mit dem chinesischen Präsidenten Hu Jintao im Dezember 2003 in Beijing. SPD/Grünen-Regierung des deutschen Imperialismus setzt auf Konterrevolution durch ökonomische Unterminierung des deformierten Arbeiterstaates China

China...

Fortsetzung von Seite 25

einnahmen und -volumen drastisch reduzieren. Viele private wie auch staatliche Unternehmen wären gezwungen, Arbeiter zu entlassen, die Produktion zu drosseln und mitunter auch in Konkurs zu gehen.

Hinter dem gegenwärtigen Druck der Bourgeoisien Amerikas, Westeuropas und Japans steht ein viel grundsätzlicherer Angriff auf Chinas staatliches Finanzsystem. Die Imperialisten wollen das Beijing-Regime dazu zwingen, den Yuan konvertibel zu machen, um China der uneingeschränkten finanziellen Durchdringung durch die Banken von Wall Street, Frankfurt und Tokio zu öffnen.

Privatisierung: Schein und Wirklichkeit

In den letzten 20 Jahren wurde ein Großteil der staatlichen Industrie – ob nun gemessen an der Zahl der Betriebe, an der Belegschaftsgröße oder dem Produktionsvolumen – privatisiert. Die meisten Kleinbetriebe wurden einfach an Einzelpersonen verkauft, gewöhnlich an die Manager, die sie leiteten. Die größeren Unternehmen wurden jedoch mit

einem Aktienmodell „privatisiert“. Als China vor ungefähr zehn Jahren die erste Aktienbörse eröffnete, begrüßte ein Großteil der westlichen bürgerlichen Medien dies als einen positiven Beweis dafür, dass das „kommunistische“ China einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zum Kapitalismus zurückgelegt habe. Doch was war wirklich geschehen?

Von den 1240 Firmen, die an Chinas beiden Hauptaktienbörsen notiert sind, hält die Regierung bei einigen eine Anteilsmehrheit, bei anderen eine beträchtliche Minderheit. Doch selbst letztere bleiben de facto unter Regierungskontrolle, weil die KPCh das politische Machtmonopol behalten hat. Es gibt keine Arbeiterdemokratie in China – aber es gibt auch keine Aktionärsdemokratie. Ein verärgertes Aktionär, der frech genug wäre, eine Revolte zum Sturz des amtierenden Managements anzuzetteln, gewöhnlich KPCh-Kader mit guten politischen Verbindungen, würde sich höchstwahrscheinlich sehr schnell an einem sehr unangenehmen Ort wiederfinden.

Aktionäre von Chinas Unternehmen genießen *keine* Besitzrechte im westlich-kapitalistischen Sinn. Sie haben das Recht auf Einkommen aus ihren finanziellen Einlagen und sie können ihre Aktien, wenn sie genug Geschick und Glück haben, mit einem Nettogewinn gegenüber dem Kaufpreis verkaufen. Aber sie können die Management- oder Unternehmenspolitik nicht bestimmen oder auch nur beeinflussen. Diese wird durch verschiedene und sich oft widersprechende politische wie wirtschaftliche Einflüsse bestimmt.

Ein schönes Beispiel dafür ist Goldgipfel, eine Zementfirma in Leshan in der weit westlich gelegenen Provinz Sichuan. Gegründet Ende der 80er-Jahre, wurde Goldgipfel Anfang der 90er-Jahre an der Shanghaier Börse notiert. Es erwies sich als ein ziemlich profitables Unternehmen. Im Jahre 1997 war der Generalmanager der Firma, Gu Song, auch zweiter Sekretär der KPCh von Leshan (eine durchaus gängige Kombination). In dieser Doppelfunktion arrangierte er für Goldgipfel die Übernahme von Dadu-Fluss-Stahl, einem staatlichen Unternehmen in der Stadt, das jedoch Verluste machte. Offensichtlich war diese Neuerwerbung wirtschaftlich unvernünftig. Aber warum wurde es dann gemacht? Weil die Arbeiter von Dadu-Fluss-Stahl gewalttätige Proteste wegen ausstehender Löhne organisiert hatten. So benutzte die lokale KPCh-Führung die umfangreichen Geldreserven von Goldgipfel, um Arbeiterunruhen in ihrem Bezirk zu ersticken. Es wurde also eine geschäftliche Entscheidung, die die finanzielle Lage des Unternehmens betraf, aus politischen und nicht aus wirtschaftlichen Gründen getroffen.

Ein jüngst erschienenenes Buch zweier Wirtschaftswissenschaftler in Australien über Chinas Finanzstruktur beschreibt den wirklichen Charakter der Aktiengesellschaften: „Das entscheidende Problem mit Chinas Aktienmärkten ist, dass die hohe Eigentumskonzentration tatsächlich die weiterhin beherrschende Stellung des Staatseigentums in vielen notierten Unternehmen widerspiegelt... So existiert für die überwiegende Mehrheit der notierten Unternehmen kein Markt für Unternehmenskontrolle, und es darf geschlossen werden, dass Manager nur einem geringen Bestrafungsrisiko für mangelhafte Entscheidungen ausgesetzt sind, ob sie nun von ‚Insidern‘ oder von ‚Außenstehenden‘ kommen. Man sollte auch beachten, dass der Einfluss des Staates noch viel tiefer geht als seine beherrschende Eigentumsposition nahelegt.“ (James Laurenceson und Joseph C.H. Chai, *Financial*

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo (4 Ausgaben): € 4,-
 Auslandsabo: € 7,50; Übersee Luftpost: € 10,-
 Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

153

Bestellt bei:

Verlag Avantgarde, Postfach 235 55, 10127 Berlin
 Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60

Reform and Economic Development in China [Finanzreform und Wirtschaftsentwicklung in China], 2003)

Die Autoren zitieren dann eine Untersuchung, die zeigt, dass „der Staat im Vorstand vieler notierter Unternehmen bei weitem stärker vertreten ist, als es selbst an seinem beträchtlichen Besitzanteil gemessen zu rechtfertigen wäre“.

Darüber hinaus umfassen Chinas Märkte für Aktien und auch für Unternehmensanleihen nur einen sehr geringen Teil der gesamten Finanzanlagen, die immer noch hauptsächlich bei den staatlichen Banken konzentriert sind. So sind Aktiengesellschaften für den Großteil ihrer externen Finanzierung auf Bankkredite angewiesen. Kurz gesagt, die an den beiden Hauptaktienbörsen notierten Unternehmen haben gewöhnlich dasselbe Management und eine ähnliche finanzielle Zusammensetzung wie zu der Zeit, als sie noch vollständig staatseigene Unternehmen waren.

Man könnte berechtigterweise fragen: Das mag heute stimmen, aber wird es morgen auch noch so sein? Die Antwort auf diese Frage hängt von der *politischen Auseinandersetzung* ab, nicht von einer Änderung dieser oder jener Vorschrift, die Chinas Aktienmarkt regelt.

Im letzten Sommer durften ausländische Anleger erstmals (in streng begrenztem Maße) die Hauptklasse an Aktien (die in Yuan gezeichnet sind) auf Chinas Aktienmärkten kaufen. Ein einzelner ausländischer Investor darf nicht mehr als 10 Prozent des Marktkapitals eines Unternehmens besitzen, alle ausländischen Anleger zusammen nicht mehr als 20 Prozent. Die erste Finanzgruppe, die diese Gelegenheit ergriff, war die große Schweizer Investmentbank UBS, die unter anderem Anteile an Baoshan Eisen und Stahl, Chinas größtem Stahlproduzenten, erwarb.

Was würde geschehen, wenn UBS und andere ausländische Banken mit der Rendite ihrer Einlagen in Baoshan nicht zufrieden wären? Wahrscheinlich würden sie ihre Aktien einfach verkaufen, möglicherweise mit Verlust. Aber nehmen wir einmal an, stattdessen würde eine Gruppe westlicher Banken chinesische Wirtschaftsfunktionäre bestechen, damit diese die Absetzung des amtierenden Baoshan-Managements und dessen Ersatz durch neue von diesen Banken bevorzugte Manager unterstützen. Solch ein Versuch westlicher Finanziers, Chinas größten Stahlproduzenten de facto zu übernehmen, wäre eine unmittelbare Herausforderung der Autorität des KPCh-Regimes. Um seine



Apo Leong

Chinesische Arbeiterinnen schuften in einer Schuhfabrik in der Sonderwirtschaftszone von Shenzhen

Autorität zu wahren, hätte es die bestechlichen Funktionäre unter Anklage zu stellen und irgendwelche Strafmaßnahmen gegen die ausländischen Banken zu verhängen. Andernfalls würden viele Manager staatlicher Unternehmen und Banken zu bezahlten Agenten imperialistischer Finanziers und Industrieller werden, die Regierung könnte ihre eigene Wirtschaftspolitik nicht mehr durchführen und die KPCh würde sich in einer Orgie parteiinterner Kämpfe auflösen, wie es mit der sowjetischen Kommunistischen Partei in der Gorbatschow-Ära (1985–91) geschah.

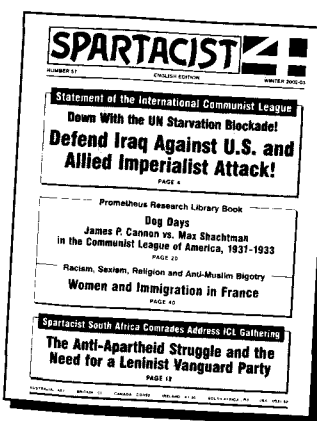
Aber die fraktionelle Aufsplitterung der chinesischen stalinistischen Bürokratie würde auch die politische Situation für das Eingreifen sozialer Kräfte *von unten*, vor allem der Arbeiterklasse, öffnen. Man würde wahrscheinlich die Gründung unabhängiger Gewerkschaften und Fabrikkomitees, linker Gruppen und Parteien beobachten. Letztendlich könnten westliche, japanische und offshore-chinesische Kapitalisten sich ihrer gegenwärtigen Ausgangsbasis in der Volksrepublik China durch eine proletarisch-politische Revolution beraubt sehen.

[WIRD FORTGESETZT]

SPARTACIST

Organ des revolutionären Marxismus

Spartacist ist die theoretische und dokumentarische Quellensammlung der Internationalen Kommunistischen Liga (Vierte Internationalisten). Unter der Leitung des Internationalen Exekutivkomitees in Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch veröffentlicht, verkörpert *Spartacist* die Verpflichtung der IKL auf den leninistischen Internationalismus.



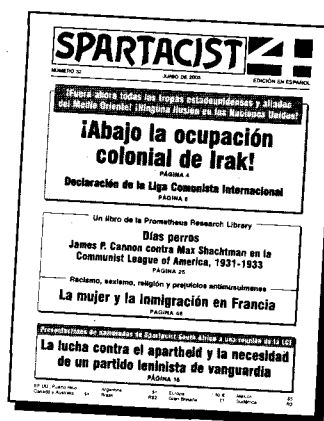
English edition No. 57
(40 pages) US \$1.50



Edition français n° 35
(56 pages) 1,50 €



Deutsche Ausgabe Nr. 23
(48 Seiten) € 1,50



Edición en español No. 32
(48 páginas) 1,50 €

Preise zuzüglich Porto; vorhergehende Ausgaben erhältlich. Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin

SPARTAKIST

China

**Verteidigt, erweitert die Errungenschaften der Revolution von 1949!
Für proletarisch-politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie!**

Schlagt imperialistischen Drang zur Konterrevolution zurück!

Der folgende Artikel wurde übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 814, 21. November 2003.

Die Volksrepublik China wurde aus der Revolution von 1949 geboren, die trotz tief gehender bürokratischer Deformierung eine soziale Revolution von welthistorischer Bedeutung war. Hunderte Millionen Bauern erhoben sich und

Teil eins von zwei

besetzten das Land, auf dem ihre Vorfahren seit undenklichen Zeiten grausam ausgebeutet worden waren. Die Herrschaft der mörderischen Kriegsherren und blutsaugenden Wucherer, der habgierigen Grundherren und der erbärmlichen Bourgeoisie wurde zerstört.

Die Errichtung der zentral geplanten, kollektivierten Wirtschaft legte das Fundament für einen gewaltigen Sprung der sozialen Entwicklung und für Chinas Aufbruch

aus tiefster bäuerlicher Rückständigkeit. Die Revolution ermöglichte es den Frauen, sich um Größenordnungen über ihren früheren armseligen Status zu erheben, der von der barbarischen Praxis des Fußbindens symbolisiert wurde. Eine Nation, die ein Jahrhundert lang von fremden Mächten geplündert und zersplittert worden war, wurde geeint und vom imperialistischen Joch befreit.

Dennoch war die Revolution von 1949 von Anfang an deformiert durch die Herrschaft von Mao Zedongs Regime der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh), die eine nationalistische Bürokratenkaste repräsentierte, die auf der kollektivierten Wirtschaft thronte. Anders als die russische Oktoberrevolution von 1917, die von einem klassenbewussten Proletariat ausgeführt worden war, geleitet vom bolschewistischen Internationalismus Lenins und Trotzki, war die Chinesische Revolution das Ergebnis eines bäuerlichen Guerillakrieges unter der Führung von Maos stalinistisch-

Fortgesetzt auf Seite 21

Wanderarbeiter der Bauindustrie in Beijing errichten im Januar 2003 eine Barrikade, um ausstehende Löhne einzufordern. Unten: Chinesischer Präsident Hu Jintao (damals Vizepräsident) besucht Wall Street im April 2002

Fotos: AP

